

Heft 167

Ausgabe 7 | 2008

ISSN 0170-461

K 5361

5,00 Euro

spow



■ Pro und ■ Contra:
Konjunkturprogramme
gegen den Abschwung
Achim Truger vs. Robert Kurz

Soziales Europa Von Lissabon zur solidarischen Erneuerung?

Wolfgang Filc
Wege zur Stabilisierung des
internationalen Finanzsystems

Björn Hacker und
Christian Kellermann
Europäische Sozialunion?
Gerade jetzt!

Susanne Uhl
Nationale Souveränität
im grenzenlosen Binnenmarkt?

Kurzum | von Horst Peter

» » „Der Bourgeois ist der wirkliche Privatmensch der freien Konkurrenz“. Ernst Bloch grenzte ihn in seinem „Prinzip Hoffnung“ von den Freien und Gleichen ab, die in seiner Realutopie des Sozialismus ihre gemeinsame Sache selbst regeln. Die Frage ist, ob der Kapitalismus für den solidarischen, an der gemeinsamen Sache orientierten Menschen überhaupt Raum lässt. Die Ikone der neoliberalen Ideologie, Friedrich August von Hayek, hat derartige Vorstellungen vom Menschen, sofern sie auf Wirtschaft und Politik übertragen werden – wie die Forderung nach Gerechtigkeit – als Atavismen kritisiert. Unterdessen habe sich aber naturwüchsig die freie kapitalistische Marktwirtschaft herausgebildet, in der das Streben nach Gerechtigkeit schädlich sei, denn es verhindere den wirtschaftlichen Gesamterfolg. Dieser könne nur durch eigennützige Individuen und rationale Nutzenkalkulierer vorangetrieben werden. Der Markt führe die auf Eigeninteresse beruhenden Planungen der Individuen in optimaler Weise zusammen.

Kurzum: Sind wir alle Chicago-Boys oder auch Gemeinschaftswesen?

» » Die politische Entwicklung im neoliberalen Hauptstrom schien von Hayek Recht zu geben. Selbst die rot-grüne Bundesregierung und auch die Linkspartei war nicht frei von dieser Logik. Die Agenda 2010 war schließlich nicht von den FachpolitikerInnen, sondern von dem Hauptstrom verpflichteten Sozial- und GesundheitsökonomInnen entwickelt worden. Es bedarf erst der Systemkrise des von Gier getriebenen globalen Kapitalismus, um zu begreifen, dass die Extremform des homo oeconomicus, die BankmanagerInnen und die BörsenspekulantInnen, dabei ist, seine Kinder zu fressen. Dabei scheint die Finanzkrise im Bewusstsein der Öffentlichkeit die Weltkrise der Zerstörung des Klimas und der Natur, die ebenfalls vom ungehemmten Wirken des homo oeconomicus verursacht ist, gleich mitzufressen. Alle Umfragen zeigen jedoch, dass Werte



☞ Horst Peter, spw-Mitherausgeber, lebt in Kassel.
Foto: privat

wie Gerechtigkeit und Ökologische Verantwortung auf dem Vormarsch sind.

Kurzum: Vielleicht sind wir ja mehr Gemeinschaftswesen und stehen in Krisen solidarischer zusammen, als die Medien glauben machen.

» » Indizien dafür liefern die letzten Landtagswahlen. Es gibt einen Trend zur Rekonstruktion von politischen Lagern. Die Verluste der Volksparteien verteilen sich entlang der Trennlinie zwischen dem „bürgerlichen Lager“ und dem „ökologisch-sozialen Lager“ sowie den NichtwählerInnen. Sie verläuft offensichtlich zwischen gesellschaftlichen Milieus, denen die Zurückdrängung der Gier und des Raubbaus der Natur mehr oder weniger wichtig ist.

Kurzum: Nur wenn sich die Doppelspitze der SPD das Hamburger Programm öffentlich zu eigen macht und im „ökologisch-sozialen Lager“ persönlich Vertrauen gewinnt, kann es 2009 mit einer rot-grünen Mehrheit klappen. ■

□ Impressum:

spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

HerausgeberInnen:

Niels Annen (Hamburg)
 Jutta Blankau (Hamburg)
 Klaus Dörre (Jena)
 Iris Gleicke (Schleusingen)
 Michael Guggemos (Berlin)
 Michael R. Krätke (Amsterdam)
 Uwe Kremer (Dortmund)
 Detlev von Larcher (Weyhe)
 Benjamin Mikfeld (Berlin)
 Susi Möbbeck (Magdeburg)
 Andrea Nahles (Weiler)
 Horst Peter (Kassel)
 Florian Pronold (Deggendorf)
 Christel Riemann-Hanewinkel (Halle/S.)
 René Rösper (Hagen)
 Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn)
 Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn)
 Thomas Westphal (Dortmund)

Redaktion:

Thorben Albrecht
 Claudia Bogedan
 Björn Böhning
 Cordula Drautz
 Sebastian Jobelius
 Oliver Kaczmarek
 Bettina Kohlrausch
 Anja Kruke
 Lars Neumann
 Dorothea Steffen
 Thilo Scholle
 Inken Wiese

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:
 Stefan Stache

Abo-/Verlagsadresse:

spw-Verlag / Redaktion GmbH
 Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund
 Telefon 0231 - 2 02 00 11
 Telefax 0231 - 2 02 00 24
 spw-verlag@spw.de, www.spw.de

Redaktionsadresse:

spw-Verlag / Redaktion GmbH
 Müllerstraße 163, 13353 Berlin
 Telefon 030 - 4 69 22 35
 Telefax 030 - 4 69 22 37
 redaktion@spw.de, www.spw.de

Geschäftsführung:

Robin Baranski
 Hans-Joachim Olczyk
 Eckhart Seidel

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund
 Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit 8 Hefen im Jahr.
 Jahresabonnement Euro 39,-
 (bei Bankeinzug Euro 37,-)
 Auslandsabonnement Euro 42,-
 Abbestellungen mit einer Frist von drei
 Monaten zum Jahresende.
 ISSN 0170-461 - K 5361
 © spw-Verlag/Redaktion GmbH 2008.
 Alle Rechte vorbehalten.

Gestaltung:

liniezwei Kommunikationsdesign GbR,
 Düsseldorf

Titelfoto:

www.fotolia.de; © M. Johannsen

Druck:

Nolte-Druck, Iserlohn
 1.-3. Tausend, Oktober 2008

■ Meinung

Es geht nicht um ein paar Millionen mehr fürs Zivile

| Thomas Gebauer 4

Gerechte Verteilung auch in Zeiten der

Finanzmarktkrise aktuell! | Wolfgang Rhode 5

Paragraph 129 a, b Strafgesetzbuch abschaffen!

| Franziska Drohsel 6

Für ein Grundrecht auf Bildung! | Swen Schulz 7

■ Pro: Konjunkturprogramme gegen den Abschwung 8

■ Contra: Konjunkturprogramme gegen den Abschwung 9

| Robert Kurz

■ ■ Im Fokus: Soziales Europa – Von Lissabon zur solidarischen Erneuerung?

Einleitung zum Schwerpunkt

| Kai Burmeister, Nils Hindersmann, Stefan Stache 11

Europäische Sozialunion? Gerade jetzt!

| Björn Hacker, Christian Kellermann 14

Wirtschafts-, arbeits- und sozialpolitische Handlungsspiel-

räume im europäischen Mehrebenensystem | Hans-Jürgen Bieling 21

Nationale Steuersouveränität im

grenzenlosen Binnenmarkt??? | Susanne Uhl 27

Gewerkschaften auf dem Weg | Bernd Lange 32

Literaturschau | Nils Hindersmann, Stefan Stache 37

■ ■ ■ Magazin

Kinderspiel Kapitalismus | Gesa Rünker 38

Stichwort zur Wirtschaftspolitik: Das VW-Gesetz | Arne Heise 39

Die Hinwendung zur Wirklichkeit | Alex Demirovic 41

Wege zur Stabilisierung des internationalen

Finanzsystems | Wolfgang Filc 44

80 Jahre Klassenkampf.

Zur Geschichte der spw nach 1928 | Thilo Scholle 48

Zwei Schwestern in Europa.

Die deutsche und niederländische Sozialdemokratie

im 19. und 20. Jahrhundert | Marc Drögemöller 51

■ ■ ■ ■ Personen & Positionen

Meldungen:

In eigener Sache, Beschluss „Neue Ordnung für
 die Finanzmärkte“, Der Kampf hat begonnen:

Bericht vom Juso-Bundeskongress 2008 55

5 Fragen an ... Mechthild Jansen 57

Es geht nicht um ein paar Millionen mehr fürs Zivile

Plädoyer für einen echten Strategiewechsel

von Thomas Gebauer ■ ■

» Demokratie lässt sich auch in Afghanistan nicht militärisch erzwingen. Umso mehr verwundert, wie sich die Berliner Politik den Ratschlägen der Friedensforschung verschließt. Statt endlich den Weg für eine neue Afghanistan-Politik frei zu machen, hat der Bundestag für die Verlängerung der militärischen Option und sogar eine Truppenaufstockung und zusätzliches Kriegsgesetz entschieden.

Nicht Wiederaufbau steht auf der Agenda des NATO-Engagements, sondern die Vormacht in Zentralasien. Nicht Frieden ist das Ziel, sondern ein von Russland unabhängiger Zugriff auf Öl- und Gastransporte, die Einkreisung des Iran, der Aufbau geostrategisch bedeutsamer Militärbasen. Wie so oft ist Afghanistan ein Pufferstaat, der in erster Linie den Interessen ausländischer Mächte dient. Immer mehr ZivilistInnen, seit Beginn des Jahres 1.400, fallen den Kampfhandlungen zum Opfer. 4,5 Mio. AfghanInnen erleiden Engpässe in der Nahrungsmittel- und Trinkwasserversorgung. Einer Million Kinder mangelt es an ausreichender Ernährung. Daher haben die Menschen das Vertrauen in die Karsai-Regierung, die zu 90% vom Ausland ausgehalten wird, verloren.

Mit der Verelendung des Landes und dem Scheitern des Staatsaufbaus gehen die Voraussetzungen für den Erfolg der internationalen Truppen verloren. Systematisch steuert der Krieg in ein menschliches Desaster. Wer es aufhalten will, muss das verlorene Vertrauen der Leute zurückgewinnen.

» Dazu braucht es starker Signale und das Eingeständnis bisheriger Fehler. Statt militärischer Aufstandsbekämpfung ist zivile Konfliktlösung gefordert, statt Bombardements die Wiederankurbelung der afghanischen Wirtschaft. Unerlässlich sind Verhandlungen auf regionaler und lokaler Ebene mit allen relevanten Kräften, auch den Taliban. Nur mit im Konsens getragenen Gemeinde- und Provinzverwaltungen werden auch Wirtschafts- und Sozialprogramme fruchten. Nur dann kann auch an eine befristete Entsendung von (UN-geführten) Soldaten gedacht werden. Zur Unterstützung der noch fragilen afghanischen Polizei bei der Gewährleistung von Rechtsicherheit, wobei sich eines der heikelsten Probleme stellen wird: die Entwaffnung der Warlords, auf die sich der Westen bisher maßgeblich gestützt hat. Es geht um einen Strategiewechsel, der sich nicht mit ein paar Millionen mehr fürs Zivile begnügt (um damit am Ende doch nur die Wirksamkeit des militärischen Engagements zu steigern), sondern um „Disengagement“ und um politische Lösungen, die von der afghanischen Bevölkerung weitgehend selbst bestimmt werden.

Mit der militärischen Intervention in Afghanistan ist dem Westen eine Verantwortung erwachsen. Zahlreiche AfghanInnen haben die Friedens- und Menschenrechtshetorik für bare Münze genommen und sich im Konflikt mit überkommen geglaubten Strukturen für eine demokratische Zukunft engagiert: Fraueninitiativen, die für ihre Rechte streiten, Selbsthilfegruppen, die Formen solidarischer Ökonomie pflegen, Menschenrechtsorganisationen, JournalistInnen. Sie im Stich zu lassen, wäre der endgültige Verlust jeder Glaubwürdigkeit. ■



⇒ Thomas Gebauer ist Geschäftsführer von medico international e. V.

Foto: Privat

Gerechte Verteilung auch in Zeiten der Finanz- marktkrise aktuell!

von Wolfgang Rhode ■ ■

» Die Weltwirtschaft ist im Bann der Finanzmarktkrise. In dieser Situation wird die IG Metall für ihre Lohnforderung von acht Prozent kritisiert. Haben sich die Koordinaten jetzt so verändert, dass Verteilungsfragen für die wirtschaftliche Entwicklung an Bedeutung verloren haben? Richtig ist, die Unsicherheit hat zugenommen. Das liegt aber nicht nur an der Finanzmarktkrise, sondern auch am normalen Konjunkturverlauf. Das schreiben ausdrücklich auch die Institute in ihrer Gemeinschaftsdiagnose. An der Stelle haben wir in Deutschland aber weiterhin ein ganz besonderes Problem: Weil der Anteil der Löhne am Volkseinkommen immer weiter schrumpft, fehlt es an Kaufkraft für den privaten Konsum. Die ArbeitnehmerInnenentgelte sind seit 2003 gerade mal um magere 2,9 Prozent gestiegen – und damit netto und real sogar gesunken –, während die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um über 40 Prozent angestiegen sind.

» Schon vor der Finanzmarktkrise war der unbalancierte Aufschwung die größte Wachstumsbremse in Deutschland. Jetzt, wo wichtige Exportmärkte in Turbulenzen geraten und alle Prognosen für 2009 keine Wachstumsimpulse mehr vom Außenhandel erwarten, gilt dies mehr denn je. Ohne eine Stärkung der Massenkaufkraft droht der Absturz in eine Rezession.

Die Institute halten in ihrer Herbstprognose eine gesamtwirtschaftliche Lohnsteigerung von drei Prozent für unschädlich für die wirtschaftliche Entwicklung. Eine solche Steigerung wurde zuletzt 1995 tatsächlich erreicht. Zugegeben, in

der M+E-Industrie haben wir immer bessere Abschlüsse durchsetzen können. Aber die Leistungsfähigkeit dieser Branche ist auch überdurchschnittlich. Über den gesamten letzten Aufschwung sind die Lohnstückkosten in der Branche sogar um 17 Prozent gesunken. So sind auch die Gewinne gestiegen wie seit langem nicht mehr. Die Umsatzrendite war im vergangenen Jahr die höchste seit 1970. Diese Schieflage in der Verteilung muss korrigiert werden.

Auch wenn das Wachstum im nächsten Jahr geringer ausfällt, bleiben die Renditen nach allen Prognosen auf hohem Niveau. Hohe Renditen und starke Produktivitätssteigerungen machen auch in einem schwächeren Umfeld unsere Tarifforderung finanzierbar. Im vergangenen Jahr wurde nur ein Viertel der zusätzlichen Gewinne investiert. Deshalb müssen höhere Löhne dafür sorgen, dass mehr Geld in den Wirtschaftskreislauf zurückgeführt und damit die wirtschaftliche Situation stabilisiert wird.

Es schließt sich der Kreis zur Entwicklung auf den Finanzmärkten. Natürlich hat es an politischer Regulierung gefehlt und eine laxe Kreditvergabe in den USA die Blase befördert. Selbstverständlich ist jetzt die Politik gefordert, um den Flächenbrand zu löschen. Doch im Kern war es ein Überangebot an anlagesuchendem Kapital, das ins Desaster geführt hat. Die Korrektur der schiefen Verteilung ist nicht nur ein Impuls für den privaten Konsum. Sie ist auch das richtige Instrument, um die Proportionen zwischen realer Produktion und Kapitalmärkten wieder zurecht zu rücken. ■



↳ Wolfgang Rhode ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall.

Foto: www.igmetall.de

Für ein Grundrecht auf Bildung!

von Swen Schulz ■ ■

» In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 heißt es in Artikel 26 Absatz 1: „Jeder hat das Recht auf Bildung.“ Doch was ist mit dem Grundgesetz? Ein Grundrecht auf Bildung ist nicht klar formuliert. Es wird zwar ein Recht auf Bildung aus allgemeinen Verfassungssätzen des Grundgesetzes abgeleitet, ist aber notwendig allgemein und nur wenig hilfreich bei der Durchsetzung von konkreten Anliegen.

Der SPD stünde gut an, sich die klare Formulierung eines Grundrechts auf Bildung vorzunehmen. Ich schlage einen neuen Absatz 2 in Artikel 7 des Grundgesetzes vor: „Jeder Mensch hat das Recht auf freien und gleichen Zugang zu Bildung. Die staatliche Gemeinschaft hat Sorge zu tragen, dass jeder ohne Rücksicht auf seine Herkunft und wirtschaftliche Lage seinen Begabungen und Fähigkeiten entsprechend gefördert wird.“

» Das Grundgesetz formuliert vor allem Freiheits- und Abwehrrechte gegenüber dem Staat. Gegen soziale Grundrechte wird eingewendet, der Staat habe nicht die (ausreichende) Verfügungsgewalt – etwa über Arbeitsplätze oder Wohnungen – und könne die Realisierung solcher Grundrechte nicht garantieren.

Natürlich ist richtig, dass der Staat nicht überfordert werden darf. Doch Freiheit lässt sich ohne soziale Grund- und Teilhaberechte nicht verwirklichen. Der Bildung kommt dabei eine besondere Rolle zu. Sie ist im Interesse des Individuums und darüber hinaus des Gemeinwesens: Ohne Bildung kann der Einzelne weder sich entfalten noch seine Mitgestaltungsaufgaben in der Gesellschaft erfüllen.

» Die derzeitige Verfassungslage verpflichtet den Staat etwa, die bestehenden Hochschulkapazitäten gerecht zu verteilen. Doch es gibt keine Verpflichtung zur ausreichenden Versorgung mit Studien- oder Ausbildungsplätzen. Genau das halte ich für einen Fehler. Mit einer neuen Grundrechtsnorm sollten Bund, Länder und Kommunen in ihren jeweiligen Verantwortungsbereichen verpflichtet werden, ausreichende und gute Bildungsangebote zu schaffen. Und im Bereich der Bildung verfügt der Staat über die Mittel dazu.

Natürlich könnte eine Änderung des Grundgesetzes nicht auf ein individuell konkretisierbares Leistungsrecht hinauslaufen. Es wäre zu weitgehend, wenn der Staat jeder und jedem Einzelnen „seine“ Ausbildung, vielleicht noch am gewünschten Ort ermöglichen müsste. Das wäre tatsächlich eine Überforderung und im Übrigen eine durchdringende Verrechtlichung parlamentarischer Demokratie. Doch es gäbe die letztlich auch einklagbare Verpflichtung des Staates, das Bildungswesen so zu organisieren, dass es funktioniert und allen echte und die gleichen Bildungschancen gibt.

Die Sozialdemokratie hat einen anderen Freiheitsbegriff als etwa die Liberalen. Uns geht es nicht nur um die Freiheit von etwas, sondern um die Ermöglichung der Freiheit zum selbstbestimmten Leben. Dazu ist der Staat nötig und dazu ist ein optimales Bildungswesen von zentraler Bedeutung, das wusste die Arbeiterbewegung schon immer. Die Forderung nach Verankerung des Rechtes auf Bildung im Grundgesetz ist darum konsequent. ■



⇨ Swen Schulz ist SPD-Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Berlin Spandau Charlottenburg/Nord. Er ist Mitglied der Ausschüsse, für Bildung und Forschung, für Petitionen sowie für Sport.

Foto: www.swen-schulz.de

☒ Pro: Konjunkturprogramme gegen den Abschwung

von Achim Truger



☞ Dr. rer. pol. Achim Truger ist Leiter des Referates Steuer- und Finanzpolitik im Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.

Foto: Privat

» Die Lage ist ernst: Verstärkt durch die dramatische Zuspitzung der Finanzmarktkrise befindet sich die deutsche Wirtschaft in einem starken Abschwung. Nächstes Jahr ist mit Stagnation, vielleicht sogar mit einer handfesten Rezession, zu rechnen. Wenn die Krise nicht schnell überwunden wird, droht eine lange Schwächephase ähnlich der von 2001 bis 2005. Dann würden alle Erfolge beim Abbau der Arbeitslosigkeit wieder zunichte gemacht. Und der politische Diskurs würde erneut in eine wenig sozialdemokratische marktradikale Richtung gelenkt.

Damit das nicht geschieht, bedarf es jetzt einer makroökonomischen Politik, die entschlossen gegensteuert. Von der Geldpolitik ist nicht viel zu erwarten. Die Europäische Zentralbank hat die Krise zu spät erkannt und ist nicht zu den notwendigen deutlichen Zinssenkungen bereit. Selbst wenn sie es wäre, würde es rund ein Jahr dauern, bis positive Impulse sich bemerkbar machen. Daher kommt der Finanzpolitik jetzt die entscheidende Rolle zu.

Aber haben uns die ÖkonomInnen in Deutschland nicht eingebläut, dass Konjunkturprogramme allenfalls Strohfeuer entfachen und die Staatsverschuldung erhöhen? Ja, aber damit wurden sie schon seit Jahren nicht mehr dem Erkenntnisstand der internationalen wissenschaftlichen Debatte gerecht. Eine aktive Finanzpolitik trägt richtig eingesetzt durchaus wesentlich zur Stabilisierung bei.

Tatsächlich haben Länder mit einer aktiven Finanzpolitik ihre Konjunkturkrisen erfolgreich gelindert und verkürzt. Und gerade Deutschland ist mit seiner konjunkturpolitischen Abstinenz seit

den 80er Jahren viel schlechter gefahren. Die Staatsverschuldung ist trotzdem gestiegen.

Das Mindeste, das die Finanzpolitik jetzt tun muss, ist, konjunkturbedingte Defizite hinzunehmen und ihnen nicht – wie so oft in der Vergangenheit – hinterher zu sparen. Darüber hinaus bedarf es zusätzlicher kreditfinanzierter Impulse. Um Wirkung zu zeigen, sollten sie im nächsten Jahr mindestens eine Größenordnung von 25 Mrd. Euro aufweisen, ggf. eine ähnliche Summe im Folgejahr, sofern die Krise noch anhält. Forderungen nach Steuerentlastungen sollte man skeptisch begegnen. Zumeist entlasten diese auch hohe Einkommen, die zu einem großen Anteil in die Ersparnis fließen, so dass der konjunkturelle Effekt gering ist. Wenn die Entlastungen nicht befristet sind, verschärft sich zudem mittelfristig das Problem der Unterfinanzierung des Staatshaushalts.

» Der Schwerpunkt sollte daher auf dem schnellen Aufstocken von Investitionen in Bildung, Kinderbetreuung und (ökologische) Infrastruktur liegen. Zudem sollten die Gemeinden, z.B. durch eine Senkung der Gewerbesteuerumlage, entlastet werden, damit sie ihre Investitionen weiter aufstocken können.

Bei den jüngsten Maßnahmen zur Bewältigung der Finanzmarktkrise hat die Politik gezeigt, dass sie in der Lage ist, alte Denkmuster zu überwinden und entschlossen zu handeln. Wenn das jetzt auch mit einem aktiven Einsatz der Finanzpolitik gelänge, würden sich die wirtschaftlichen Aussichten schnell und dauerhaft wieder aufhellen. ■

■ Contra: Konjunkturprogramme gegen den Abschwung

von Robert Kurz ■ ■



↳ Robert Kurz ist Publizist und Journalist, Redakteur und Mitherausgeber der Theoriezeitschrift „Exit“. Buchpublikationen u.a.: Schwarzbuch Kapitalismus (1999), Das Weltkapital (2005).

Foto: Neues Deutschland Druckerei und Verlag GmbH

» Die Linke kommt durch die Krise des Kapitalismus in die Bredouille: Sie wird mit ihrer Geschichte konfrontiert. Marx hatte nichts übrig für die Lassalleanische Staatsorientierung. Seine Kritik der politischen Ökonomie wurde in der sozialistischen Bewegung verflacht. Die Verstaatlichung der unüberwundenen kapitalistischen Kategorien taugte nur für eine „nachholende Modernisierung“ an der Peripherie des Weltmarkts, die historisch gescheitert ist. Dieser Epochenbruch wurde auch von der Linken nicht als Moment einer beginnenden Krise des Weltmarkts erkannt, sondern weitgehend affirmativ verarbeitet als Anerkennung von Markt- und Preismechanismen. Es blieb eine „abgerüstete“ Staatsorientierung. So übernahm die Linke das Programm der vom neoliberalen Marktradikalismus abseverbierten keynesianischen Regulation, die den Sozialabbau konterkarieren sollte.

Jetzt wird die „keynesianisierte“ Linke von der staatskapitalistischen Wende der Eliten kalt erwischt. Aber der „pragmatische“ Verzweiflungsakt eines Rückgriffs auf keynesianische Staatsinterventionen findet nicht mehr unter komfortablen Verwertungsbedingungen statt. Verstaatlicht wird die Krise des Finanzkapitals und des Wachstums, die knallharte Bedingungen setzt. Deshalb geht die Forderung nach staatlichen Konjunkturprogrammen sozial ins Leere. Bereits die billionenschweren Rettungspakete zur Verhinderung einer Kernschmelze des Kreditsystems enthalten eine gewaltige inflationäre Potenz ohne soziale Perspektive. Diese Tendenz wird sich verstärken, wenn der konjunkturelle Absturz nach dem Ende der Finanzblasen-Ökonomie die realen Verwertungsbedin-

gungen des Weltkapitals zum Vorschein bringt und die Bilanzen der Konzerne staatlich aufgefangen werden sollen. Da ist kein Platz für große staatliche Investitionen etwa ins Bildungs- und Gesundheitswesen mit regulären neuen Arbeitsplätzen. Im Gegenteil wird sich die antisoziale Armutsverwaltung dramatisch verschärfen im Namen der Krisenbewältigung. Man darf nicht vergessen, dass der Keynesianismus nie etwas anderes war als ein Programm zur Rettung des Kapitalismus.

» Auch der gewerkschaftliche und politische Linkskeynesianismus hat die sozialen Lebensbedürfnisse nie als solche geltend gemacht, sondern nur unter Verweis auf den Beitrag zur gelingenden Kapitalverwertung und Binnenkonjunktur. Wer sich bedingungslos auf den Kapitalismus einlässt, kommt in der Krise darin um. Das Argument der „Finanzierbarkeit“, die man vorrechnen soll, war schon bisher nichts als ein Instrument der Disziplinierung. In der staatskapitalistischen Inflationierung führt es sich ad absurdum. Perspektivisch geht nichts mehr ohne ein neues Programm für die Überwindung des Kapitalismus. Als Gegenwehr steht nicht der Ruf nach kapitalkonformen staatlichen Konjunkturprogrammen auf der Tagesordnung, die sowieso gegenstandslos werden, sondern eine soziale Bewegung für die Erhöhung der Masseneinkommen, den gesetzlichen Mindestlohn und die Liquidierung der Agenda 2010, die sich nicht mehr auf das Funktionieren herrschenden Produktionsweise vergat- tern lässt. ■

Soziales Europa.

Von Lissabon zur solidarischen Erneuerung?

Einleitung zum Schwerpunkt

von Kai Burmeister, Nils Hindersmann und Stefan Stache

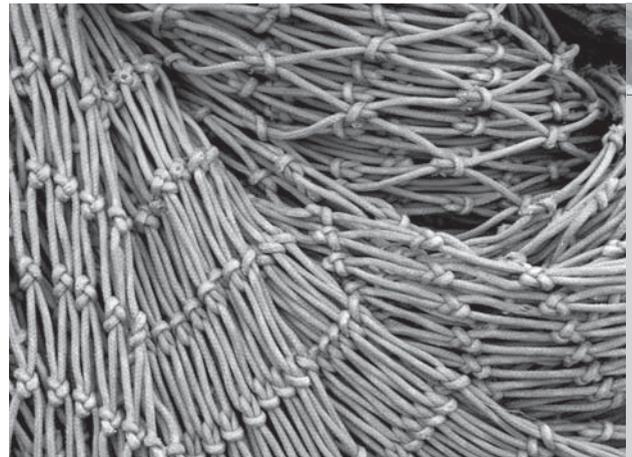


Foto: www.fotolia.de; © M. Johannsen

» Anfang Juni 2009 findet zum siebten Mal die Direktwahl des Europäischen Parlamentes statt. In Deutschland wie in vielen anderen Ländern der EU wird dies der erste große Urnengang nach den heftigen Eruptionen der Finanzmarktkrise sein. Neben der Auseinandersetzung um die ökonomische Gestaltungsfähigkeit der EU (Europäische Wirtschaftsregierung) steht Europa auch auf dem politischen Feld vor großen Herausforderungen.

Die 2005 gescheiterten Referenden in Frankreich, den Niederlanden und zuletzt in Irland sind Ausdruck einer länger anhaltenden Vertrauenskrise der Bürgerinnen und Bürger in das europäische Projekt. Vor allem die Mehrheit der Beschäftigten, Arbeitslosen und Rentner verbindet Europa nicht mit Fortschritt, sondern eher mit Abbau sozialer Standards, Bedrohung von Arbeitsplätzen und mangelhaftem demokratischen Mitwirkungscharakter. Die EU wird als ein Projekt vor allem der politischen und ökonomischen Eliten verstanden. So lehnt die Mehrheit dieser Menschen auch nicht das Projekt der europäischen Integration in Gänze ab, vielmehr äußert sich ihr politischer Unmut über die Art und Weise des Integrationsprozesses.

» Tatsächlich ist die politische Grundlinie der EU innerhalb der Kommission und im Ministerrat seit einigen Jahren marktliberal geprägt. Eine rein exportorientierte Wachstumsstrategie, die Infragestellung gewachsener öffentlicher und sozialer Dienste und der Vorrang unternehmerischer Handlungsfreiheit gegenüber Schutzrechten der Beschäftigten bilden den Kern



dieser Politik. In der erneuerten Lissabon-Strategie findet diese politische Linie ihren markantesten Ausdruck. Es wird also darauf ankommen, bei der bevorstehenden Europawahl Politikalternativen über die verschiedenen Richtungen des weiteren Integrationsprozess' klar herauszuarbeiten. Dies verlangt auch und gerade eine stärkere Polarisierung um Europa, die bestehende Fehlentwicklungen klar benennt und entsprechende Kritikpunkte nicht als anti-europäisch diffamiert.



□ Die politische Alternative heißt Soziales Europa

Der gelegentlich wahrzunehmende Vorwurf an die politische Linke insgesamt, dem weitgehend wirtschaftsliberalen Projekt Europa keine konkreten Konzepte entgegen gesetzt zu haben, ist nicht haltbar. Zwar ist Europa nach wie vor ein Betätigungsfeld für SpezialistInnen, dennoch sind hier einige Verbesserungen festzustellen. Vor allem in der jüngeren Vergangenheit haben sich bei Parteien, Jusos, Bewegungen, kritischer Wissenschaft und Gewerkschaften alternative Politikkonzepte herauskristallisiert, die die allgemeinen Begriffe des Sozialen Europas oder der sozialen Dimension Europas füllen können. Als zentral wird dabei die stärkere Regulierung der Märkte und insbesondere der Finanzmärkte eingeschätzt. Es wird im sozialen Bereich die Schaffung europäischer Mindestnormen vorgeschlagen. Darunter fällt vor allem ein europäischer Mindestlohn, der sich an den jeweiligen nationalen Durchschnittslöhnen orientiert. Ein weiteres Element, auf das Christian Kellermann und Björn Hacker in ihrem Beitrag eingehen, ist die Schaffung einer Geld- und Fiskalpolitik, die sich an dem Ziel einer stabilen Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung in allen Teilen der Europäischen Union orientiert. Des Weiteren wird immer wieder eine Harmonisierung der Steuerpolitik in Europa gefordert. Hierbei geht es in erster Linie um eine europäische Mindestbesteuerung von Unternehmen, worauf vor allem Susanne Uhl in ihrem Beitrag eingeht. An programmatischen Ideen fehlt es der politischen Linken sicher nicht, aber neben den konkreten Politikkonzepten eines sozialen Europas ist die Frage nach der Durchsetzung die inzwischen viel entscheidendere Auseinandersetzung geworden.

□ Umsetzung des Sozialen Europas

Fast schon traditionell existieren in der politischen Linken zwei verschiedene Orientierungen im Umgang mit Europa. Auch in der derzeitigen Lage agiert die politische Linke in Deutschland strategisch gespalten, obgleich viele Ziele und Maßnahmen für ein soziales Europa einen breiten Konsens finden. Während eine Richtung den Integrationsprozess auf der Basis des Lissabon-Vertrages ablehnt und grundlegende Korrekturen einfordert, teilt die andere Richtung zwar die inhaltliche Kritik, erachtet den Lissabon-Vertrag jedoch als derzeit einzige Möglichkeit, soziale Reformen in absehbarer Zeit institutionell verwirklichen zu können.

» Bernd Lange führt in seinem Beitrag aus, dass der Weg vor allem über die Gewinnung politischer Mehrheiten in den Institutionen Europas führt. Daher müsse auf EU-Ebene für linke Mehrheiten geworben und institutionelle Reformen durchgeführt werden. Den Gewerkschaften käme in der politischen Auseinandersetzung, wie z.B. um verbesserte Mitbestimmung oder eine arbeitnehmerfreundliche Dienstleistungsrichtlinie, eine wichtige Rolle zu. Lange hält daher eine umfassende Koordinierung der gewerkschaftlichen Arbeit in der EU für dringend nötig. Diese sei bisher eher von Zufälligkeiten bestimmt und vorwiegend national orientiert. Die Gewerkschaften müssten endlich organisationspolitische Konsequenzen aus der Europäisierung der Gesetzgebung ziehen. Eine ähnliche Strategie schlägt auch Hans-Jürgen Bieling in seinem Beitrag vor. Er sieht allerdings auch großen nationalen Handlungsspielraum in der Umsetzung und Beibehaltung von Arbeits- und Sozialnormen. Eine Erweiterung des politischen Instrumentariums auf europäischer Ebene hält er dennoch für unumgänglich.

Eine andere Strategie hat kürzlich Fritz Scharpf (Siehe Interview in Mitbestimmung 7-8/2008) vorgeschlagen. Seiner Meinung nach sollten die Mitgliedsstaaten bestimmte Urteile des EuGH wie bspw. zum Fall Rüffert einfach ignorieren. Seiner

Meinung nach könnte zwar im Zweifel der Europäische Rat das Urteil mit qualifizierter Mehrheit noch mal bestätigen, anderenfalls aber so getan werden, als wenn es das Urteil gar nicht gäbe. So könnten sich Mitgliedsstaaten ihre nationale Souveränität erhalten und viel wirksamer ihre Sozialsysteme gegenüber den europäischen Marktfreiheiten schützen.

Diese bemerkenswert drastische Reaktion Scharpfs auf die jüngsten EuGH-Urteile stoßen innerhalb der Bewegung, in Parteien und Gewerkschaften auf überwiegend positive Resonanz, die im Sinne einer kritischen und breiter geführten Europadebatte aufgegriffen werden sollte. Daneben gibt es allerdings auch kritische Stimmen, so bewerten Christian Kellermann und Björn Hacker in ihrem Artikel das Soziale Europa als „reelles Projekt“ und nicht als „überoptimistische Illusion für Europa“. Die Haltung von Scharpf führe direkt zurück in den Nationalstaat und verhindere die „Demokratisierung der Gemeinschaft“. Damit grenzen sie sich deutlich gegenüber Scharpf und anderen ab, die für eine Renationalisierung bestimmter Politikbereiche plädieren.

» Diese Kontroverse macht deutlich, wo das strategische Problem der linken Kräfte in Europa liegt. Soll man auf institutionelle Reformen setzen und hoffen, darüber politische Mehrheiten für ein Soziales Europa zu erlangen oder sollte man versuchen, ungeachtet der europäischen Institutionen national erreichte Regulierungen beizubehalten? Das verbindende Dilemma ist allerdings, dass die politischen Machtverhältnisse derzeit keinen der Ansätze zulassen. Auf der einen Seite ist die europäische Integration bereits soweit fortgeschritten, dass eine Renationalisierung bestimmter Politikbereiche kaum durchzusetzen wäre. Auf der anderen Seite hilft selbst eine linke Mehrheit im Europäischen Parlament im derzeitigen Institutionengefüge nicht, die soziale Dimension Europas abzusichern.

Angesichts dieser Lage sollte die politische Linke zunächst dieses Kräfteverhältnis zum Aus-

gangspunkt nehmen und sich nicht an vermeintlichen Königswegen verkämpfen. Anders ausgedrückt, der strategische Kompromiss in dieser Frage kann der klassische sein. Man macht das eine, ohne das andere zu lassen. Verbindend ist die Zielvorstellung einer europäischen Integration, die gerade nicht entlang den Renditebestrebungen des europäischen Kapitals ausgerichtet wird, sondern soziale Gerechtigkeit fördert und den damit verbundenen Abbau bestehender Ungleichheit auf dem Kontinent angeht.

Als entscheidendes Spielfeld bietet sich die wirtschaftliche Integration an. Es kommt darauf an, die vorhandenen Instrumente stärker im Sinne der Interessen der gesamten Bevölkerung zu nutzen und die Integration voranzutreiben. Gerade die Finanzkrise kann als Katalysator wirken, der den Bedarf nach einer Europäischen Wirtschaftsregierung a la Sarkozy offensichtlich werden lässt. Neben einer europäischen Regulierung der Finanzmärkte bietet auch der französische Vorstoß für öffentliche Staatsfonds und aktive Industriepolitik einen aufzugreifenden Anstoß. Anders könnte die Ausrichtung in der Sozialpolitik verlaufen. Zwar wurden wichtige gleichstellungspolitische Impulse durch die EU befördert, doch fällt die sozialpolitische Bilanz insgesamt enttäuschend aus. Daher wird angesichts der geringen Erfolgswahrscheinlichkeiten bewusst darauf verzichtet, weitere wichtige Kompetenzen an die EU zu delegieren und versucht, diese weiterhin im Kern national zu gestalten. Die von der SPD-Linken betriebene Weiterentwicklung der Sozialversicherungen zur Bürger- bzw. Erwerbstätigenversicherung stellt gerade einen solchen Ansatz auf dem Spielfeld nationaler Politik dar. Diese Diskussion ist noch längst nicht am Ende und wird auch über die Beiträge in diesem Heft hinaus fortgesetzt werden. Die SPD-Linke ist gut beraten, die Europawahl eben nicht nur als Vorwahl für die Bundestagswahl auszurichten, sondern mit europapolitischen Konzepten politisches Terrain zu besetzen. ■

☞ Kai Burmeister ist Gewerkschaftssekretär der IG Metall in Frankfurt.
 ☞ Nils Hindersmann ist Gewerkschaftssekretär der IGBCE und Vizepräsident der European Community Organisation of Socialist Youth (ECOSY).
 ☞ Stefan Stache ist Chefredakteur der spw.



Foto: Christian Kiel

»» Europas Krise wird tagtäglich größer. Überkommen geglaubte nationale Egoisten offenbaren sich in Anbetracht der Finanzmarktkrise und üben eine zunehmend zersetzende Wirkung auf die Gemeinschaft aus. Die nach langem Ringen zustande gekommene Reaktion der 15 Eurostaaten stellt in Wirklichkeit nur ein Abnicken national vorbereiteter Rettungspakete dar, auf deren Gestaltung und Umfang die europäische Ebene keinerlei Einfluss hat. Die politische Führung in Brüssel ist machtlos und hat sich durch ihre einseitige, auf den Binnenmarkt ausgerichtete Politik bei vielen Menschen ins Abseits manövriert. Ihr Neoliberalismus hat viele sozialpolitische Errungenschaften der europäischen Wohlfahrtsstaaten auf niedrigem Niveau eingeebnet. Der jüngste Versuch der Barroso-Kommission, eine „erneuerte Sozialagenda“ für Europa zu entwerfen, ist vor allem als eine taktische Maßnahme zu verstehen, die eigenen Chancen kurz vor den Europawahlen im nächsten Jahr zu verbessern. Ihre Vorschläge geben keine Antworten auf die drängenden sozialpolitischen Herausforderungen Europas. Sie sind nicht viel mehr als eine Mikrokorrektur der unterentwickelten Sozialstaatlichkeit Europas.

Europäische Sozialunion? Gerade jetzt!

Eine Reaktion auf Fritz Scharpfs

Verdikt der Verweigerung

von Björn Hacker und

Christian Kellermann

»» Umso wichtiger ist vor diesem Hintergrund das jüngste Verdikt von Fritz Scharpf. Mit Blick auf die Markthörigkeit der EU-Politik rief er in einem Interview zur Verweigerung der Mitgliedstaaten gegenüber Rechtssprüchen des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) auf, die den Markt gegen sozialpolitische Errungenschaften ausspielen, wie in den Fällen Laval, Viking, Ruffert und Luxemburg. In diesen jüngsten Urteilen wurde Tarifautonomie durch Rechtssprüche des EuGH ausgehebelt und der Dienstleistungsfreiheit Vorrang gegeben. Scharpfs Verdienst sind die deutlichen Worte, mit denen er das potenzielle Scheitern der EU apostrophiert, sollte der momentane institutionelle Stillstand weiterhin Bestand haben. Er greift aber andererseits zu einer solch drastischen Empfehlung, dass das Projekt einer Europäischen Sozialunion Gefahr laufen könnte, vor dem Neoliberalismus zu kapitulieren. Gerade jetzt, in Anbetracht der „Großen Krise“, wäre das fatal.

□ Ebenen europäischer Sozialpolitik

Das „Soziale Europa“ ist keinesfalls eine über-optimistische Illusion für Europa, sondern ein reelles Projekt progressiver Kräfte aus Politik und Zivilgesellschaft, die den erhöhten Schwierigkeitsgrad bei der Entwicklung von mehr Sozialstaatlichkeit in Europa, aber eben gleichzeitig auch Wege dorthin erkennen – wie steinig sie auch sein mögen. Am Anfang dieses Projekts steht eine nüchterne Bestandsaufnahme dessen, was es bereits an Sozialstaatlichkeit der EU gibt. Der zweite Schritt ist die Neuausrichtung bestimmter Sozialpolitiken im komplexen Geflecht der verschiedenen europäischen Governance-Ebenen. Kurzfristiges Ziel einer europäischen Sozialunion ist die Beendigung des Spannungsverhältnisses zwischen der EU-Gesetzgebung (insbesondere der Europäischen Rechtsprechung) und nationalen sozialpolitischen Institutionen. Das ist durch einen Schutz der wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen der Mitgliedstaaten sowie durch eine weitergehende Kompetenzverlagerung auf die europäische Ebene zu erreichen.

□ Dazu kann EU-Sozialpolitik bereits heute auf drei Ebenen beitragen:

Zunächst analog zur Rolle des Nationalstaates: In jedem Mitgliedstaat der EU sorgen soziale Sicherungssysteme (steuer- bzw. beitragsfinanziert) für direkte materielle Leistungen an Bedürftige, etwa Arbeitslosenversicherung oder Wohngeld. Die Voraussetzung hierfür sind Eigenmittel bzw. solide finanzierte Umlagesysteme. Auf europäischer Ebene zählen hierzu momentan in erster Linie die Mittel des Europäischen Sozialfonds zur Wiedereingliederung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den Mitgliedstaaten. Die Förderung beläuft sich auf insgesamt 75 Milliarden Euro in der Haushaltsperiode 2007–2013. Dabei wird besonders darauf geachtet, Mittel in diejenigen EU-Regionen zu lenken, in denen die Arbeitslosigkeit besonders hoch oder das durchschnittliche Einkommen besonders niedrig ist. Als weiteres Beispiel für materielle Leistungen der EU ist der Eu-

ropäische Globalisierungsfonds gegen Härtefälle bei Unternehmensverlagerungen zu nennen, der abgesehen von seiner bescheidenen finanziellen Ausstattung primär als ein völlig unzulängliches side-payment für die einseitige Binnenmarktpolitik der EU-Kommission zu betrachten ist. Alles in allem gibt es bislang nur wenige Formen materieller europäischer Sozialpolitik, die häufig symbolpolitischen Charakter haben.

» Häufiger findet europäische Sozialpolitik dagegen auf regulativer Ebene statt. Regulativ bezieht sich dabei auf die europäische Festlegung von Mindeststandards. Man findet regulative Sozialpolitik in den Bereichen Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Beschäftigung und Beruf, bei Aspekten der Anti-Diskriminierung, der Freizügigkeit der Arbeitnehmer, dem Gesundheitsschutz und der Sicherheit am Arbeitsplatz, dem Arbeitsrecht sowie bei der Unterrichtung und Anhörung von Arbeitnehmern vor. Damit ist zunächst keine Umverteilung durch die EU verbunden, sondern es wird lediglich ein Handlungsrahmen vorgegeben, der soziale Sicherung in den Mitgliedstaaten aufwerten, aber auch aushöhlen kann. Letzteres ist vor allem dann der Fall, wenn – wie bei den eingangs erwähnten Rechtssprüchen – sozialstaatliche Einrichtungen mit dem Freizügigkeitsrecht in der EU scheinbar nicht vereinbar sind und die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs den Binnenmarktfreiheiten Vorrang gibt. Die regulative Ebene europäischer Sozialstaatlichkeit gehört zum Bereich der „harten“ Gesetzgebung, mit dem auch Sanktionsmöglichkeiten durch die EU verbunden sein können.

Auf einer dritten Ebene findet Koordination vorwiegend im Bereich des so genannten Soft Law statt. Merkmale des Soft Law sind gemeinsame Zielsetzungen der Mitgliedstaaten. Diese Ziele sind aber nicht verbindlich, sondern dienen lediglich als Richtwerte für die Regierungen. Auf europäischer Ebene kommt als zentrales politisches Steuerungselement die „Offene Methode der Koordinierung (OMK)“ zum Einsatz. Sie ist im Kern ein Vergleichsverfahren für nationalstaatliche Politik und dabei

ein nicht bindendes Instrument: Es findet keine formale Kompetenzverlagerung statt. Vielmehr steht die Koordinierung von Politikzielen beispielsweise bei Fragen des sozialen Schutzes, der Beschäftigung, der Renten- oder Gesundheitspolitik im Vordergrund. Die OMK ist gedacht als Antwort auf das Problem, dass sich unterschiedliche Wohlfahrtsysteme in der EU nicht harmonisieren lassen (wollen). Der Mangel an zentraler Kompetenz der EU im Bereich Sozialschutz soll durch ein Verfahren des gegenseitigen Lernens unter den Mitgliedstaaten aufgewogen werden. Allerdings verknüpfen sich auch zahlreiche Schwierigkeiten mit der OMK. Inhaltlich findet zwar eine diskursive Aufwertung der EU-Sozialpolitik statt, aber zumeist liegt der Schwerpunkt dabei zurzeit auf wettbewerbsfördernder und marktschaffender Sozialpolitik.

□ Ausbremsen des EuGH als nationale Strategie?

In der konkreten Betrachtung der drei Ebenen wird deutlich, dass der Status quo europäischer Sozialstaatlichkeit vor allem in ihrer jetzigen Funktion als neoliberales side payment unbefriedigend ist und es weitgehend nicht vermag, Dumping-Prozesse zu verhindern. Der Hauptgrund dafür ist das strukturelle Ungleichgewicht zwischen wirtschaftlicher und sozialer Integration. Der Schaffung des Binnenmarktes und des gemeinsamen Währungsraums folgten keine überzeugenden Schritte in Richtung einer Stärkung der politischen Dimension. Im Gegenteil verdrängten Wettbewerb und Markt in den letzten Jahren jeglichen sozialpolitischen Impuls und unterhöhlten die nationalen Wohlfahrtsstaaten. Andererseits blieben die Nationalstaaten – auf eigenen Wunsch – die zentralen Arenen für Sozialpolitik, wengleich stets im Spannungsverhältnis zur wirtschaftlichen Integration Europas. Die große Heterogenität der Wohlfahrtsstaatsmodelle ist für Scharpf der Grund, weshalb er die Schaffung eines Europäischen Sozialmodells als erweiterten Handlungsrahmen der EU-Staaten für eine Schimäre hält. So bleibt seiner Ansicht nach neben der Beeinflussung der innerjuristischen Diskurse einzig die Verweigerung des Rechtsgehorsams

gegenüber dem Europäischen Gerichtshof. Er schlägt vor, dass ein Mitgliedstaat, der sich in seiner Souveränität verletzt fühlt, zusätzlich zur offiziellen Nichtbefolgung des jeweiligen EuGH-Urteils den Ministerrat anruft. Nur einer politischen Bestätigung des Urteils durch eine qualifizierte Mehrheit von Ländern sollte sich der betroffene Mitgliedstaat beugen.



Ungeachtet der juristischen Problematik dieser Strategie ist sie auch politisch prekär. Nur im Einzelfall könnte sie zu einer Kompetenzklärung beitragen, als dauerhafter Modus Operandi würde die hiermit befeuerte Politisierung der Auseinandersetzung zwischen Grundrechten und Grundfreiheiten mit einer Entdemokratisierung der EU einhergehen. Die rechtsprechende Gewalt der EU wäre beschädigt, was im Falle der radikalen Interpretation der schrankenlosen Ausdehnung der Binnenmarktfreiheiten zwar zur Genugtung in den betroffenen Mitgliedstaaten führen würde. An anderer Stelle jedoch, wo der EuGH durch seine Rechtsprechung den primär wirtschaftlichen Staatenverbund politisch stärken könnte, würde seine Stimme in den Mitgliedstaaten nicht mehr ernst genommen werden. Sobald die Tür zur Neubefassung gesprochener EuGH-Urteile durch den Ministerrat geöffnet ist, wird sich jeder Staat in Ermangelung einer Vetofunktion offen halten, ihm nicht genehme Interpretationen der Verträge erneut auf die politische Agenda zu setzen. Das ist der direkte Weg zurück zum Nationalstaat und widerspricht dem erklärten Ziel einer weitergehenden Demokratisierung der Gemeinschaft. Der Weg in die Zukunft sieht anders aus.

□ Weder zurück, noch Reparatur – nach vorne geht der Weg!

Auf der anderen Seite können die – im Kontext der eingangs erwähnten Fälle – nun vielfach diskutierten Korrekturen der Entsenderichtlinie nur als ungenügende Maßnahme empfunden werden. Zwar könnte es gelingen, die Richtlinie rechtstechnisch derart abzudichten, dass ihr Wortlaut künftig die ursprünglich zgedachte Intention des Europäischen Parlaments und der Mitgliedstaaten widerspiegelt. Jedoch wird damit das grundsätzliche Problem der ökonomischen Schlagseite der EU als System von Wettbewerbsstaaten nicht angegangen, sondern vertagt. Weiterhin werden europäisch hausgemachte Dumpingprozesse bei Löhnen, Steuern und Sozialabgaben beobachtbar sein, und der Konflikt zwischen Wettbewerbsprinzip und sozialen Grundrechten könnte leicht an anderer Stelle erneut ausbrechen.

» Wenn weder das Zurückdrehen erreichter Integrationsstufen, noch die Reparatur einzelner Rechtsbestimmungen eine Lösung der Krise ermöglichen, bleibt einzig der Weg nach vorne. Es gilt, den Pessimismus all jener zu widerlegen, die wie Scharpf eine politische Korrektur der auftretenden Interferenzen durch die Schaffung eines Europäischen Sozialmodells für unmöglich halten. Der Paradigmenwechsel hin zu einer Radikalisierung der Binnenmarktintegration auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der gestiegene innereuropäische Konkurrenzdruck infolge der EU-Osterweiterung, der sich im Wettbewerb um Produktionsstandorte und Kapitalinvestitionen manifestiert, zeigen die Notwendigkeit eines neuen Integrationsprojektes. Wann, wenn nicht jetzt, ist die Zeit zur Verwirklichung der sozialen Dimension Europas? In den vergangenen drei Jahren hat sich die EU mühsam von der Verfassungsvertrags- zur Lissabonkrise geschleppt, ohne auch nur im Ansatz eine Diskussion um die mangelnde Ergänzung der weit fortgeschrittenen wirtschaftlichen Integration durch sozialpolitische Komponenten zu führen. Die Sorgen und Nöte der Bürger, die sich in den Referenden in Frankreich,

den Niederlanden und zuletzt in Irland manifestierten, wurden bislang durch die politische Klasse vorwiegend ignoriert. Zudem erleben wir derzeit eine Erschütterung der internationalen Finanzmarktarchitektur in einer Größenordnung, wie sie bislang unbekannt war. Auch hier sind Versäumnisse der EU zu beklagen: So wenig wie es zu abgestimmten Präventionsmaßnahmen vor einem Überschwappen der Finanzkrise aus den USA kam, so unzureichend ist heute die Fähigkeit zur gemeinsamen Reaktion.

□ Zeit für unorthodoxe Maßnahmen

All diese Krisen und Verwerfungen erheben schreiend Anklage gegen die Gutgläubigkeit an die Selbstregulierungskraft der Märkte, gegen die Mär, dass alles, was Arbeit schafft auch sozial sei, gegen das selbstgerechte „Weiter so“ der politischen Eliten. Jetzt ist es an der Zeit, für veränderte politische Kräfteverhältnisse zu kämpfen und eine Europäische Wirtschafts- und Sozialunion zu formen! Die deutsche Sozialdemokratie findet sich mit ihrem Hamburger Grundsatzprogramm in einer Avantgardegruppe weniger europäischer Schwesterparteien wieder, deren verbindendes Element der Wille zur Schaffung einer europäischen politischen Union ist und die darauf pochen, das Wettbewerbsprinzip durch die soziale Dimension gleichwertig zu ergänzen. Doch die Vision allein genügt nicht. Mit 27 Staaten ist eine stärkere Politisierung und Demokratisierung der EU – wir hätten ansonsten „Nizza“ längst hinter uns gelassen – nur schwerlich voranzubringen. Noch unwahrscheinlicher – hier ist Fritz Scharpf zuzustimmen – ist die Einigung der 27 auf Elemente eines einheitlichen Europäischen Sozialmodells. Da die Opportunitätskosten von „Non-Social Europe“ jedoch weiter erheblich steigen werden und die bereits bröckelnde Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zum Gemeinschaftsprojekt erdrutschartig im Sinken begriffen ist (siehe die letzten Bundestagswahlen in Österreich und auf dem Vormarsch befindliche nationalistisch gesinnte Parteien des rechten und linken Randes in vielen europäischen Ländern), sollten endlich wieder politisch unorthodoxe Vorschläge auf die Agenda.

» Um die politische Handlungsfähigkeit in der Union wieder zu gewinnen, müssen die PolitikerInnen die Angst vor einer gestuften Integration verlieren. Eine EU der variablen Geschwindigkeiten ist mehr wert als eine Gemeinschaft, die alle bei jedem Schritt mitnehmen möchte und aufgrund ihrer Größe doch nur auf der Stelle tritt beziehungsweise durch ihre innere Heterogenität ihre eigene Existenz gefährdet. Bereits heute befinden sich die 15 Länder der Eurozone auf einer höheren ökonomischen Integrationsstufe als die zwölf weiteren EU-Mitgliedstaaten. In diesem Kreis der Wirtschafts- und Währungsunion, der sich auszeichnet durch ein hohes Maß gemeinsamer öffentlicher Güter, ist die Europäische Sozialunion als wegweisendes Zukunftsprojekt zu initiieren. Ihre Aufgabe zielt auf die Ausbalancierung der bis dato erfolgten „negativen Integration“ – des Abbaus von nationalen Handelshemmnissen – durch den Aufbau gemeinsamer makroökonomischer und sozialpolitischer Regeln als „positive Integration“.

Die Weiterentwicklung europäischer Sozialstaatlichkeit zielt jedoch nicht auf die Vereinheitlichung nationaler sozialpolitischer Institutionen ab. Vielmehr sind die verschiedenen nationalen Wege auch eine Stärke der EU. In diesem Verständnis von europäischer Sozialstaatlichkeit liegt der zentrale Unterschied zu Scharpfs Argument. Nicht Harmonisierung an sich, sondern Homogenisierung sozialstaatlicher Wirkungen muss das Ziel europäischer Sozialpolitik sein, woraus sich auch die potenzielle Handlungsfähigkeit der Union ableitet.

Vorstellbar ist ein Drei-Stufen-Plan zur Verwirklichung der Sozialunion mit folgenden Komponenten:



Foto: Christian Kiel

» Stärkung der ArbeitnehmerInnenrechte. Die Einhaltung landesspezifischer Tarifvereinbarungen und Sozialnormen muss Vorrang haben vor der Durchsetzung der Marktfreiheiten. Darüber hinaus ist die Etablierung gemeinsamer Mindeststandards des Arbeitnehmerschutzes voranzutreiben, wobei für günstigere nationale Regelungen eine Bestandsgarantie gilt. Leiharbeitnehmer sind arbeits- und sozialrechtlich gleichzustellen mit regulären Arbeitsverhältnissen. In allen Ländern der Sozialunion sind Existenzsichernde Löhne einzuführen, die mindestens 60% des nationalen Durchschnittslohns betragen müssen. Zusätzlich ist gemeinsam mit den Gewerkschaften ein geeigneter Rahmen für ein effektives europäisches System der Lohnkoordinierung zu schaffen.

Etablierung einer europäischen Wirtschaftspolitik. Die makroökonomische Koordinierung der Eurozone ist erheblich auszubauen, indem der Europäischen Zentralbank eine gleichrangige Institution für die Fiskalpolitik gegenüber gestellt wird. Die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten sind dabei entsprechend der jeweiligen konjunkturellen Lage aufeinander abzustimmen. Neben der Einigung der Staatengruppe auf eine einheitliche Bemessungsgrundlage sowie Mindestsätze für die Unternehmens- und Kapitalertragssteuern ist der Sozialunion eine eigene ergänzende Steuerhoheit für ein zentrales Finanzbudget zuzusprechen.

» Implementierung eines Sozialen Stabilitätspaktes. Aufgrund der Unterschiedlichkeit der Wohlfahrtsstaaten auch innerhalb der Sozialunion bleibt die Einrichtung einheitlicher sozialpolitischer Institutionen kaum umsetzbar. Durchaus möglich ist jedoch die gemeinsame Fixierung quantitativer und qualitativer Standards und Normen für die einzelstaatlichen Sozialpolitiken. Entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes müssen die Sozialausgaben auf einer angemessenen, verbindlich vorgegebenen Höhe verbleiben. Um die Renten-, Gesundheits- und Arbeitslosenversicherungssysteme sowie die Familien- und Armutsbekämpfungspolitiken auch in qualitativer Hinsicht anzunähern, sind sektorale Zielvorgaben zu vereinbaren, deren Umsetzung innerhalb eines bestimmten Zeithorizonts verpflichtend ist.

Foto: www.photocase.com; © diederdas



□ Avantgarde Eurostaaten

Die Verwirklichung einer Europäischen Sozialunion als Integrationsprojekt ist nicht losgelöst von einer notwendigen Demokratisierung der Institutionen und politischen Verfahren zu betrachten. Die Umsetzung einiger oben aufgeführter Politiken ist ohne weiteres im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit der heutigen Eurostaaten vorstellbar. Dumpingprozesse bei Löhnen, Steuern und Sozialstandards würden damit eingedämmt. Der Status Quo der materiellen, regulativen und soft law Sozialpolitik innerhalb der EU kann hierfür eine gute Ausgangsbasis darstellen, wenn dies politisch gewollt wird. Die angedeuteten weitergehenden Kompetenztransfers zu einem neuen gemeinsamen Zentrum innerhalb der bisherigen EU sind jedoch nur legitim, wenn der Ausbau zur politischen Union einhergeht mit der schrittweisen Schaffung einer föderal ausgestalteten Europäischen Republik. Die ökonomische Schlagseite der EU wird langfristig nur durch neue politische Strukturen, die sich näher bei den Bürgerinnen und Bürgern befinden, ausbalanciert werden können. Dies ist die Konditionierung, über die Einigkeit erzielt werden müsste, bevor der gezeichnete Weg beschritten werden kann. Die Argumente dafür sind heute so zahlreich, umfassend und drängend wie nie zuvor. ■

☞ Björn Hacker ist Politikwissenschaftler und promoviert in einem Graduiertenkolleg der Hans-Böckler-Stiftung.

☞ Dr. Christian Kellermann ist Projektleiter für europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin.

Literatur

■ Andrej Stuchlik & Christian Kellermann (2008): Europa auf dem Weg zur Sozialen Union? Die Sozialagenda der EU im Kontext europäischer Sozialstaatlichkeit, Download unter: <http://www.fes.de/ipa/>.

■ Interview mit Fritz Scharpf (2008): „Der einzige Weg ist, dem EuGH nicht zu folgen“, in: Mitbestimmung 07/08, S. 18-23; Download unter <http://www.boeckler.de>.

■ Stefan Collignon: (2008): Vorwärts mit Europa: Für eine demokratische und progressive Reform der Lissabon-Strategie, Download unter <http://www.fes.de/ipa/>.

Wirtschafts-, arbeits- und sozialpolitische Handlungsspielräume im europäischen Mehrebenensystem

von Hans-Jürgen Bieling



Foto: www.fotolia.de; © Wong Siew Tung

□ 1. Einleitung

Die Europäische Union wird seit einigen Wochen und Monaten zum Teil recht scharf kritisiert. Im Zentrum steht der Europäische Gerichtshof (EuGH), der durch einige Urteile die Geltungskraft einiger europäischer Grundsätze und Rechtsakte gleichsam übergreifend zu Lasten nationalstaatlich garantierter Grundrechte, Gesetze und Verfahren ausgedehnte. Die sozial orientierte Kritik an der extensiven Auslegung marktliberaler Freiheits- und Wettbewerbsrechte – so etwa in den Fällen Vicking, Laval und Rüffert (vgl. Höpner 2008, Scharpf 2008) – weist darauf hin, dass in der EU die Beschneidung nationaler Gestaltungsräume sukzessive voranschreitet, die demokratische Legitimation politischer Entscheidungen beeinträchtigt wird und auch die Möglichkeiten einer sozialintegrativen Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik eingeengt werden. Es ist jedoch fraglich, ob durch eine klare Abgrenzung von supranationalen und nationalen

Kompetenzen – Stichwort: Kompetenzkatalog – oder eine restriktivere Definition der Entscheidungs- und Interventionskompetenzen von Kommission und EuGH allein bereits viel gewonnen wäre. Schließlich sind die supranationalen Übergriffe im Kern Ausdruck einer konstitutionellen, d.h. vertraglich verankerten marktliberal-monetaristischen Wirtschafts- und Währungsordnung. Diese umschließt zwar auch eine begrenzte regulative Arbeits-, Sozial- und Umweltpolitik, unterwirft die nationalen wirtschaftspolitischen Akteure ansonsten jedoch einem starken internen Disziplinierungs- und Wettbewerbsdruck.

□ 2. Struktur- und Funktionswandel der europäischen Integration

In den Nachkriegsjahrzehnten spielte der interne Wettbewerbsdruck allenfalls eine schwache Rolle. Dies lag vor allem daran, dass innerhalb der globalen Entwicklungskonstellation des sog. „embedded liberalism“ (Ruggie 1982) auch die inner-europäische Liberalisierungsdynamik mehrfach eingehegt war. In Übereinstimmung mit den Grundsätzen des Bretton Woods Systems wurden nicht nur die Wechselkurse, sondern auch der internationale Kapitalverkehr aktiv politisch reguliert. Wie das General Agreement on Tariffs and Trade (GATT), so konzentrierte sich auch die EWG vornehmlich auf den Abbau quantitativer Zölle im Produktionssektor, indessen der Dienstleistungssektor und die vielfältigen Formen nicht-tarifärer Handelshemmnisse von der Handelsliberalisierung ausgenommen waren. Zudem ermöglichten die hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten und Produktivitätssteigerungen des fordistischen Akkumulationsregimes relativ hohe Reallohnzuwächse und den Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Umverteilungs- und Interventionskapazitäten (vgl. Ziltener 2000: 85ff).

Im Anschluss an die (welt-)wirtschaftlichen Umbrüche- und Krisenprozesse der 1970er Jahre und die damit verbundenen inner-europäischen Konflikte kristallisierte sich in den 80er Jahren allmählich eine neue globale Entwicklungskonstellation heraus, die in erster Linie durch Prozesse einer marktliberalen „Entbettung“ gekennzeichnet war. Nach dem Zusammenbruch des Bretton Woods Systems im Jahr 1973 trat an die Stelle der Währungs Kooperation eine zunehmende Währungskonkurrenz und eine kompetitive Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte (vgl. Helleiner 1994: 166ff). Die Handelsliberalisierung erstreckt sich im Rahmen der WTO inzwischen auch auf den Dienstleistungssektor, auf Investitions- und Patentrechte und auf die Beseitigung nicht-tarifärer Handelsbarrieren. Zudem erodieren auch in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften die Strukturen der „mixed economy“ und der wohlfahrtsstaatlichen Regulation.

Angesichts des schwachen Wirtschaftswachstums, geringer Produktivitätssteigerungen, der anhaltenden Krise der öffentlichen Haushalte und des verschärften internationalen Wettbewerbs wurden die staatlichen Organisationsformen angebotspolitisch neu zugeschnitten (vgl. Koch 2008: 264ff).

Die marktliberal-angebotspolitische Reorganisation der nationalen Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik wurde durch die europäische Integration beschleunigt und akzentuiert. Im Zuge des EG-Binnenmarktes und der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), aber auch des Prozesses der Finanzmarktintegration und der EU-Osterweiterung wurden die markt- und währungspolitischen Kompetenzen sukzessive erweitert. Dies hatte zur Folge, dass sich die EU-interne Markt- und Wettbewerbsdynamik fortan auf viele neue, vormals auch nach nicht-ökonomischen Kriterien organisierte Bereiche erstreckte (vgl. Bieling/Deppe 2003): Unter anderem wurden die Kapital- und Kreditmärkte liberalisiert, grenzüberschreitende Direktinvestitionen erleichtert, große Bereiche des Dienstleistungssektors der grenzüberschreitenden Konkurrenz ausgesetzt, nicht-tarifäre Handelshemmnisse beseitigt und eine gemeinsame Währung mit einer zentralisierten Geldpolitik institutionalisiert.

□ 3. Politische Ökonomie der Europäisierung

Für die Reproduktion der nationalen Entwicklungsmodelle ist die intensiviertere Markt- und Währungsintegration äußerst folgenreich. Nachdem bereits der EG-Binnenmarkt eine Dynamik der kompetitiven Deregulierung – insbesondere im Bereich der Arbeitsmärkte, Sozialsysteme und öffentlichen Dienstleistungen – begünstigte, wurde diese durch das restriktive makroökonomische Regime der WWU und die damit korrespondierende Dynamik der kompetitiven bzw. verordneten Austerität nochmals verstärkt. Zudem wurden seit Ende der 1990er Jahre diverse Koordinationsverfahren etabliert und im Rahmen der sog. Lissabon-

Strategie zusammengeführt, um eine durchgreifende, vornehmlich marktliberal-angebotspolitisch orientierte Modernisierung der europäischen Ökonomie voranzutreiben. So betrachtet lassen sich inzwischen eine Reihe spezifischer „Europäisierungs“-Mechanismen identifizieren und analytisch wie folgt voneinander unterscheiden:

» Die Prozesse der unmittelbaren regulativen Angleichung sind das Ergebnis der Vergemeinschaftung, d.h. der Aushandlung und Umsetzung vertraglicher und anderer sekundärrechtlicher Vorgaben – Verordnungen und Richtlinien –, die vornehmlich darauf zielen, einen integrierten europäischen Wirtschaftsraum zu schaffen. Innerhalb der unmittelbaren regulativen Angleichung kann wiederum zwischen Schritten einer „positiven“ und „negativen“ Integration differenziert werden (vgl. Scharpf 1999: 47ff). Als „positive Integration“ werden all jene Maßnahmen bezeichnet, die gewisse Mindeststandards oder zusätzliche gemeinsame Handlungs- und Interventionskompetenzen schaffen, um Marktprozesse politisch zu stabilisieren oder auch zu korrigieren. Im Unterschied hierzu bezieht sich die „negative Integration“ auf Übereinkommen zum nationalen Regulierungsverzicht, um die Entstehung und Operationsweise grenzüberschreitender Märkte zu fördern und zu ermöglichen.

Der zweite „Europäisierungs“-Mechanismus der innereuropäischen Regime-Konkurrenz ist eng mit den Prozessen der negativen Integration verbunden. Er macht darauf aufmerksam, dass sich die marktschaffenden Übereinkommen indirekt auch auf viele Bereiche auswirken, die regulativ bislang nicht angeglichen wurden, also nach wie vor der nationalen Politikgestaltung unterliegen. Betroffen sind hiervon nicht zuletzt die redistributiven Komponenten der makro-ökonomischen Reproduktion, d.h. die Steuer-, Sozial-, Arbeits- und Tarifpolitik und viele infrastrukturpolitische Aufgaben, über deren Organisation noch vornehmlich oder sogar ausschließlich auf der nationalstaatlichen Gestaltungsebene entschieden wird. All diese Bereiche sind in gewisser Weise vergemein-

schaffungsresistent, weil sie sehr stark durch spezifische nationale institutionelle Organisationsmuster, rechtliche Traditionen und politisch-kulturelle Präferenzen geprägt sind und sich die nationalen politischen Akteure – nicht zuletzt die Regierungen – maßgeblich durch die Organisation der redistributiven Leistungsvergabe legitimiert sehen, also zögern, diese Bereiche ebenfalls zu vergemeinschaften. Dessen ungeachtet werden letztlich aber auch diese Felder in der Form europäisiert, als sich ihre Gestaltung im – innereuropäischen – Kampf um Marktanteile und Direktinvestitionen behaupten muss.

» Gleichsam zwischen der regulativen Vergemeinschaftung und der Regime-Konkurrenz ist schließlich der dritte „Europäisierungs“-Mechanismus der politischen Koordination angesiedelt. Dieser Mechanismus ist seit Ende der 1990er Jahre deutlich aufgewertet und ausgeweitet worden. Zunächst machte die WWU vor allem eine Koordination der Finanzpolitik (Konvergenzkriterien und Stabilitätspakt) und der Wirtschaftspolitik (Grundzüge der Wirtschaftspolitik) erforderlich. Kurz darauf folgte ein leitliniengestütztes Koordinationsverfahren in der Europäischen Beschäftigungsstrategie, das schließlich auch im Kontext der Lissabon-Strategie, nun unter dem Titel „offene Methode der Koordination“ auf eine Reihe anderer Politikfelder, unter anderem auf die Reform der sozialen Sicherungssysteme, ausgeweitet wurde. Die im Koordinationsverfahren definierten Leitlinien, Benchmarks und „best practices“ sollen die Modernisierung der wirtschafts-, sozial- und infrastrukturpolitischen Rahmenbedingungen nach Maßgabe marktliberaler Konzepte vorantreiben (vgl. Haahr 2004), zugleich aber auch mit dazu beitragen, die WWU durch Kosteneinsparungen zu stabilisieren.





Die aufgeführten „Europäisierungs“-Mechanismen sind insgesamt durch eine grundlegende Asymmetrie geprägt. Der forcierten Markt- und Währungsintegration auf der einen steht die blockierte Vergemeinschaftung von wirtschafts-, arbeits- und sozialpolitischen Kompetenzen auf der anderen Seite gegenüber (vgl. Holman 2004: 717ff). Diese Blockade, insbesondere von markt-korrigierenden Regulierungs- und Interventionsinstrumenten, ist ihrerseits folgenreich. Schließlich sorgen die Dynamiken der Markt- und Währungsintegration dafür, dass sich die politischen Akteure auf der nationalen Ebene – die Regierungen, Parteien und Verbände, nicht zuletzt die Gewerkschaften – dem wettbewerbspolitischen Disziplinierungs- und Modernisierungsdruck zumeist nur sporadisch entziehen können.

□ 4. Europäisierung der nationalen politischen Optionen

Einige Indikatoren lassen sich in diesem Sinne als Beleg für die These interpretieren, dass sich der innereuropäische Wettbewerb auf den Produkt-, Dienstleistungs- und Kapitalmärkten seit Ende der 1980er Jahre deutlich erhöht hat und hierdurch eine strategische Konvergenz in Richtung einer marktliberal konzipierten angebotsorientierten Modernisierungspolitik begünstigt wurde. Ein zentrales Element dieser Strategie bestand darin, für die transnational operierenden Unternehmen die Kosten zu senken und günstige Investitionsbedingungen zu schaffen. Die Kostensenkung betraf einerseits die Steuern und Sozialbeiträge und andererseits die Lohneinkommen der abhängig Beschäftigten. Was die Lohnentwicklung betrifft, so fällt auf, dass die Gewerkschaften seit den 1980er Jahren tendenziell nicht mehr in der Lage waren, in der Tarifpolitik die verteilungsneutralen Spielräume – Inflationsrate plus Produktivitätssteigerung – auszuschöpfen (vgl. Schulten 2004; 2008). Die Unternehmen profitierten ihrerseits aber nicht nur von der gewerkschaftlichen Lohnmoderation in Verbindung mit einer arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Deregulierung,

sondern auch von einer fiskalpolitischen Entlastungsstrategie. Seit Mitte der 1990er Jahre sind in der EU-27 die Steuersätze für Unternehmen von 37,4% (1995) Schritt für Schritt auf inzwischen 26,5% (2008) abgesenkt worden, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, dass die steuerlichen Bemessungsgrundlagen erweitert und die indirekten Konsumsteuern angehoben wurden (vgl. European Commission 2008).



Eine wichtige Funktion dieser Kompensationsmaßnahmen bestand darin, die Finanzierungslücken in den öffentlichen Haushalten zu begrenzen. Allerdings gelang dies oft nur partiell. Dies belegen auch die Schwierigkeiten vieler EU-Staaten, die – entweder selbst oder durch die WWU-Konvergenzkriterien gesetzten – Zielmarken der angestrebten Haushaltskonsolidierung zu realisieren. Negativ betroffen waren hiervon nicht selten die öffentlichen Investitionen. Deren Anteil im Bruttoinlandprodukt war in den 1990er Jahren jedenfalls rückläufig, stabilisierte sich dann auf niedrigem Niveau und stieg erst in den letzten Jahren leicht wieder an (vgl. Europäische Kommission 2008: 174f). Dessen ungeachtet schritt die Privatisierung des öffentlichen Sektors weiter voran. In den 1980er Jahren hatte sich die Privatisierung in den meisten Ländern noch auf die staatlichen Industrie- und Finanzunternehmen konzentriert. Im Laufe der 1990er Jahre wurden im Zuge sektoraler europäischer Liberalisierungsrichtlinien und boomender Aktienmärkte dann auch mehr und mehr Bereiche der öffentlichen Versorgungs- und Infrastruktur – Telekommunikation, Post, Bahn, Energieversorgung etc. – privatisiert (vgl. Bieling et al. 2008). Seit einiger Zeit erstreckt sich die Privatisierung zudem auf Teilbereiche der sozialen Sicherung – Alter und Gesundheit – und erfasst mit den Gefängnissen, der Verkehrsüberwachung und Sicherheitsdiensten zum Teil sogar den Kernbereich der klassischen Staatstätigkeit.

Die hier nur knapp umrissenen Entwicklungen ließen sich empirisch sicherlich noch detaillierter darstellen und durch ähnlich gelagerte Reorganisationstendenzen in anderen Politikfeldern ergänzen. Doch auch ohne dies sollte deutlich geworden sein, dass die EU die marktliberal-angebotspolitische Entkernung staatlicher Versorgungs-, Interventions- und Regulierungskompetenzen eher begünstigt als verzögert. Dennoch sollte die hier vertretene These einer strategischen Konvergenz der nationalen Modernisierungskonzeptionen nicht so interpretiert werden, dass auf der nationalen Handlungsebene keinerlei Unterschiede mehr bestehen. Im Gegenteil, die EU-Mitgliedstaaten verfügen im innereuropäischen Wettbewerb nach wie vor über unterschiedliche ökonomische, politisch-institutionelle, infrastrukturelle und auch soziokulturelle Ausgangsbedingungen und Ressourcen (vgl. Amable 2003). So haben sich z.B. im Laufe der 1990er Jahre in vielen, aber keineswegs in allen Ländern wettbewerbskorporatistische Arrangements herausgebildet; und auch die Effekte dieser Arrangements stellten sich in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten recht unterschiedlich dar. Eigentlich gelang es nur in den kleineren Ländern mit einer ausgeprägten Außenwirtschaftsabhängigkeit – z.B. Dänemark, Schweden, Irland oder den Niederlanden –, durch eine Senkung der Produktionskosten die Wirtschaft anzukurbeln, d.h. ausländische Investitionen und den Export zu fördern. In den größeren Ländern und in der EU insgesamt stieß dieser Ansatz jedoch an Grenzen. Zum einen gelang es den größeren Ländern – Großbritannien, Frankreich, Deutschland – nur ansatzweise, die wettbewerbsorientierte Modernisierung korporatistisch einzurahmen; und zum anderen – dies belegt insbesondere das deutsche Beispiel – stellte sich der Versuch, die interne Nachfrageschwäche durch gesteigerte Exporte kompensieren zu wollen, für die europäische Ökonomie insgesamt problematisch dar, da auf diese Weise die Ungleichgewichte in der EU verstärkt und die konjunkturelle Entwicklung beeinträchtigt wurde (vgl. Huffs Schmid 2007).

Nationale wirtschafts-, arbeits- und sozialpolitische Entscheidungen sind demzufolge auch unter den Bedingungen des EG-Binnenmarktes und der WWU noch immer sehr bedeutsam. Die bisherigen Strategien einer einseitig marktliberal-angebotsorientierten Modernisierung – mit einer Präferenz für eine kurzfristige Kostensenkung- anstatt einer mittel- und langfristigen Qualitätssteigerung – erzeugt jedoch vielfältige interne Probleme. Dies gilt insbesondere für die Euro-Zone. Schließlich wurde mit der WWU und dem Wegfall des Wechselkursmechanismus ein wichtiges wirtschaftspolitisches Steuerungsinstrument aufgegeben. So verfügen bislang weder die EU noch die einzelnen Mitgliedstaaten über hinreichende Instrumente, um die kosten-senkende und nachfragedämpfende Wettbewerbslogik zwischen den nationalen Volkswirtschaften abzuschwächen und eine alternative Strategie der konjunkturellen Belebung zu entwickeln. Die bestehenden Koordinationsverfahren sind ungeeignet, da durch sie die marktliberal-angebotspolitische Modernisierungsstrategie programmatisch nochmals bekräftigt wird; und selbst wenn die Leitlinien und Benchmarks inhaltlich neu definiert würden, bliebe das Problem einer zu schwachen Verbindlichkeit bestehen. Eine wichtige Aufgabe besteht paradoxerweise demzufolge darin, auf der europäischen Ebene neue Kompetenzen, Instrumente und Ressourcen zu generieren, um auf der nationalen Ebene die Chancen für die Realisierung einer sozialintegrativ und nachhaltig ausgerichteten Modernisierungsstrategie zu verbessern. ■

Nationale Steuersouveränität im grenzenlosen Binnenmarkt???

Nur wer europäisch zusammenarbeitet, gewinnt heimischen Gestaltungsspielraum

von Susanne Uhl



» Irgendwie sind es merkwürdige Zeiten. Die Finanzkrise zieht Kreise von Staat zu Staat und kennt keine nationalen Grenzen. Gleichzeitig wird an vielen Stellen im Staat so getan, als könne und wolle man im Wesentlichen nationale Antworten finden – sowohl auf die derzeitige Krise, als auch im Hinblick auf das Danach. Diese paradoxe Haltung hat – auch steuerpolitisch – Tradition: Einerseits wird so getan, als hätte man ausreichend nationalen Gestaltungsspielraum, sowohl den Alltag als auch die Krisen zu bewältigen. Andererseits aber kann man faktisch nichts Anderes tun, als europäisch zusammenzuarbeiten, um sich überhaupt Gestaltungsspielraum zu eröffnen. Faktisch auch jetzt in der Krise. Es gewinnt nationale Souveränität zum Nutzen einer nationalen Politikgestaltung interessanterweise nur wirklich zurück, wer viel davon gezielt nach Europa abgibt. Und? Ist das schlimm? Nein. Kein Stück.

» Schlimm wird es nur, wenn alle weiterhin so tun, als könnten sie nationale Antworten finden, so sie sie denn suchen. Denn das führt faktisch entweder zu einem bewusst und aktiv eingegangenen Unterbietungswettbewerb nationaler Standards oder zu einer laissez-faire Haltung, die den jeweils Einflussreichen das Feld zur Gestaltung überlässt. Was für den Kapitalverkehr gilt, gilt natürlich ebenso für die Steuerpolitik, denn beides ist kaum voneinander zu trennen. Und dies obwohl sinkende Steuereinnahmen – oder anders herum – Steuereinnahmen, die mit den sozialen Herausforderungen nicht ausreichend mithalten – Lebenschancen und soziale Grundrechte von Menschen konkret einschränken.



Foto: www.fotolia.de; © Sven Hoppe

Was die Haltung „es geht auch national“ konkret bedeutet, möchte ich im Folgenden an drei relevanten Steuerarten – der Unternehmensbesteuerung, der persönlichen Einkommensbesteuerung und, aus aktuellem Anlass, der Kapitalverkehrsbesteuerung – kurz aufzeigen. Dennoch möchte ich auch schon an dieser Stelle betonen, dass die Spielräume für ein eigenständiges steuerpolitisches Agieren mit Sicherheit durchaus größer sind, als durch die bundesdeutschen Steuersenkungsreformen und Debatten der letzten Jahre suggeriert wird.



□ Zur Unternehmensbesteuerung

Die paradoxe Haltung auch der deutschen Regierung fällt steuerpolitisch nirgends so deutlich ins Auge wie im Falle der Unternehmensbesteuerung. So gehört das Stichwort Steuerwettbewerb zum Standardrepertoire eines jeden Finanzministers, vorgetragen in einer Haltung, die äußerlich nicht viel Positives an der Situation lässt. Die fieseren anderen Regierungen – so die Lesart – haben wieder Steuern gesenkt mit dem Ziel, dem eigenen Land Investitionen und am liebsten ganze Produktionsstätten abzufragen. Deshalb müsse man selbst auch Unternehmenssteuern senken um die eigene Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Nehmen wir einmal an, die Analyse würde stimmen und Investitionen und Produktionsstätten ließen sich tatsächlich alleine durch niedrigere Steuern quer durch Europa lenken – eine Analyse, soviel sei gleich gesagt, an der es durchaus empirische Zweifel gibt, so ganz schlicht funktioniert es denn wohl doch nicht. Aber unterstellt es sei was dran an den Argumenten. Wie soll dann Souveränität überhaupt noch funktionieren? Allein im steuerlichen Unterbietungswettbewerb? Wirklich sehr souverän!

Aber wäre es umgekehrt möglich, einseitig aus dem Steuerwettbewerb auszusteigen? So tun als wären die Grenzen noch so dicht, dass das unternehmerische und persönliche Kapital nicht abhauen kann? Wohl nicht, denn multinational tätige Unternehmen haben leider auch unterhalb der Ebene von ganzen Unternehmensverlagerungen Möglichkeiten der legalen Steuerflucht, die sie auch vorwiegend innereuropäisch nutzen.

» So gibt es denn also keine wirkliche Alternative zur Auflösung des Paradoxons, das heißt zur Intensivierung der europäischen Zusammenarbeit bei der Unternehmensbesteuerung und zur Verabschiedung von der ausschließlich nationalen Steuersouveränität. Interessanterweise waren die Mitgliedstaaten diesbezüglich immerhin schon auf einem – wenn auch aus meiner Sicht nicht ganz zufriedenstellenden – Weg: Die teilweise europäische Harmonisierung der

Körperschaftsteuern stand noch bis Ende letzten Jahres auf der europäischen Tagesordnung. Das geschah allerdings wesentlich aus einer anderen Not heraus als der, die der Steuerwettbewerb impliziert: Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hatte einige Mitgliedstaaten zur Angleichung von unternehmenssteuerlichen Tatbeständen im Dienste der europäischen Niederlassungs- und Kapitalverkehrsfreiheit gezwungen. Und diese Urteile waren zunehmend finanziell kostspielig, denn die Kläger – meist international operierende InvestorInnen oder VertreterInnen aus Unternehmenszentralen – hatten nicht nur für sich, sondern für alle vergleichbaren Fälle ihre Klagen gewonnen; sie alle konnten teilweise hohe steuerliche Rückerstattungsansprüche gegenüber den Staaten geltend machen. Doch die Zeiten haben sich offensichtlich geändert. So sind einige EuGH-Urteile seit Ende letzten Jahres so autonomie- und haushaltsschonend ausgefallen, dass der Druck auf die Mitgliedstaaten deutlich nachgelassen hat, die Unternehmensbesteuerung von sich aus anzugleichen und nicht den EuGH den Job einseitig im Dienste der europäischen Grundfreiheiten machen zu lassen. Und so ist auch der zwischenzeitliche Elan, zu einer europäischen Lösung bei der Unternehmensbesteuerung zu kommen, nahezu vollständig erlahmt.

» Die Frage ist: Hätte die über den Druck des EuGH erzwungene teilweise Angleichung der Unternehmensbesteuerung den Steuerwettbewerb beendet? Wohl eher nein. Denn es sollten europäisch nur die unternehmenssteuerlichen Bemessungsgrundlagen angeglichen werden (siehe die Diskussion um die sogenannte Gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage³), also kurz gesagt die Frage, was und wie besteuert werden soll. Nicht angeglichen werden sollten die Steuersätze.

Denn während dem Steuerwettbewerb in der öffentlich geführten Debatte wenig Positives anhaftet, fehlt auf der nationalen wie europäischen institutionalisierten Ebene selten der Hinweis auf das Gute, das im Steuerwettbewerb über die wech-

selseitige Senkung der Steuersätze stecke: Ganz im Dienste der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen. So lässt die Angleichung der Bemessungsgrundlage die Spreizung der Steuersätze in Europa natürlich noch transparenter werden und ändert so nichts am steuerlichen Standortwettbewerb. Lediglich eine europaweit geltende Mindeststeuer könnte diesen Wettbewerb sinnvoll abmildern.

Interessanterweise ist die europäische Gefechtslage an dieser Frage unübersichtlicher als man meinen könnte: So sind die meisten UnternehmerInnen – und der Teil ist recht schlicht nachzuvollziehen – sehr interessiert an der gemeinsamen Bemessungsgrundlage, da sie sich schließlich nur noch mit einer Steuersystematik beschäftigen müssen und die schlichteren Gemüter unter ihnen auf transparenterer Grundlage Abwanderungsdrohungen formulieren können.

» » Interessanterweise sind jedoch eine Mehrheit der UnternehmerInnen für einen europaweit geltenden Steuersatz³ – ganz in der alten Tradition der UNICE, des europäischen Unternehmerverbandes, der noch bis in die 1980er Jahre vehement eine vollständige europäische Angleichung von Körperschaft- und persönlicher Einkommensteuer forderte. Auch dies ist durchaus nachvollziehbar: Hauptsache die Bedingungen sind für alle gleich und der unternehmerische Wettbewerb wird durch Steuern nicht verzerrt. Mit Standortverlagerungen oder steuersparenden Ausgründungen von Tochterunternehmen oder Betriebsstätten jenseits des Sitzlandes des Mutterkonzerns können ohnehin die Wenigsten drohen. Mittelständler sind halt nicht so mobil. An der aus meiner Sicht richtigen Forderung nach einer gemeinsamen Bemessungsgrundlage mit umverteilender Wirkung plus europäischen Mindeststeuersatz⁴ gäbe es also durchaus interessante Befürworterkonstellationen, die auszuloten wären.

□ Zur Kapitalertragsbesteuerung im Rahmen der persönlichen Einkommensteuer

Zum Ausloten der persönlich zu zahlenden Kapitalertragsteuern laden in Deutschland gerade die Hausbanken ein: Die persönliche „Optimierung“ der ab 2009 zu zahlenden Abgeltungssteuer stehe aktuell auf der Tagesordnung, denn wer noch in 2008 mindestens in Mischfonds mit den folgenden Finanzprodukten... investiert, könne sich Steuervorteile über 2009 hinaus erhalten. Dies weist darauf hin, dass der Ertrag einiger Geldanlagen, die bislang schon fast skandalöserweise steuerbefreit waren, künftig besteuert werden wird. So weit, so gut. Doch nun zum großen Aber: denn versteuert werden muss nur noch zu einem erklecklich geringen Steuersatz von 25% und nicht mehr in Höhe des persönlichen Einkommensteuersatzes von bis zu (für sehr hohe Einkommen auch nicht gerade üppigen) 45%.

Erwerbsarbeit wird also künftig deutlich höher besteuert als die – wenn's gut geht – erheblich bequemere zu erwirtschaftenden Erträge aus Kapitalvermögen. Einen größeren Paradigmenwechsel in der Steuerpolitik hat es seit vielen Jahrzehnten nicht gegeben. Auf diese Weise will die Bundesregierung die illegale Steuerflucht eindämmen, nach dem Motto „ihr zahlt hier doch auch wenig, dann könnt ihr doch auch bleiben mit eurem Geld“. Zumal die „Lichtenstein/Zumwinkel-Affäre“ um hinterzogene Steuern die Flucht auch nicht gerade attraktiver macht.

» » Vor dem Hintergrund dieser Gemengelage – also Abgeltungssteuer und Zumwinkel-Aktion – könnte man vermuten, dass die kurzzeitig aufflammende europäische Euphorie im Hinblick auf eine Intensivierung der Zusammenarbeit gegen illegale Steuerhinterziehung aus deutscher Regierungssicht auch gut im Sande verlaufen konnte: Dem Finanzminister ist es öffentlichkeitswirksam gelungen, auf die risikoarme und auch durchaus billige deutsche Abgeltungssteuer-Variante hinzuweisen. Zumal die Steueroasen der

Umgebung – genannt seien die EU-Mitglieder Österreich und Luxemburg, aber auch Liechtenstein und die Schweiz – gemäß der europäischen Zinssteuerrichtlinie künftig höhere Quellensteuern – nämlich 35% ab 2011 – auf Kapitalerträge von Steuerflüchtlingen erheben werden, mindestens auf die Zinserträge Privater.

Auch hier ist also Streit zu entfachen: Die europäische Verwaltungszusammenarbeit muss dringender weiter intensiviert werden – auch im Dienste der nationalen Politikgestaltung. Und auch hier führt das Beharren auf nationaler Souveränität im Wettbewerb dennoch zur europäischen Angleichung – allerdings auch hier nur in eine Richtung: nach unten. So hat Deutschland mit der Abgeltungssteuer steuersystematisch nachvollzogen, was die nordischen Staaten mit der Dualen Einkommensteuer vorgemacht haben: die Trennung und unterschiedliche Besteuerung von verschiedenen Einkommensarten. Auch andere Mitgliedstaaten haben Elemente davon in ihre Steuersysteme eingebaut.

Wirklich Gestaltungsspielraum gewinnt aber nur zurück, wer Zusammenarbeit europäisch verbindlich organisiert und Souveränität (und Bankgeheimnis) aufgibt: Erst dann können nationale Steuersätze ohne Wenn und Aber auch tatsächlich durchgesetzt werden – auch wieder im Rahmen von persönlichen Einkommensteuersätzen, was unter Gerechtigkeitsaspekten eigentlich eine steuerliche Minimalanforderung ist.

□ Zu den Kapitalverkehrssteuern

Kaum einen nationalen Spielraum mehr jenseits des Europäischen gibt es hinsichtlich der Einführung von Kapitalverkehrssteuern, wie sie als Teilantwort auf die Finanzkrise derzeit diskutiert werden. Die letzten nationalen Spielräume hat der Europäische Rat mit Zustimmung des Europaparlaments im Februar 2008 einkassiert. Seither darf kein Mitgliedsland eine einmal abgeschaffte Gesellschaftssteuer oder Börsenumsatzsteuer erneut einführen – für die noch Existierenden in den Mitgliedstaaten wurden Auslaufristen verabredet. Worum geht es?

Es geht um die europäisch normierte Gesellschaftssteuer, die seit dem mitgliedstaatlichen Beschluss im Jahr 1969 die im Rahmen des Europarechts einzige zulässige Steuer auf den Kapitalverkehr ist. Seit 2008 allerdings ist auch sie ein Auslaufmodell, denn die indirekten Steuern auf die Ansammlung von Kapital, d. h. die Gesellschaftssteuer (Steuer auf die Einbringungen in Gesellschaften), die Wertpapiersteuer und die Steuer auf Umstrukturierungen seien – so Kommission, Rat und Parlament – Ursache von Diskriminierungen, Doppelbesteuerungen und Unterschiedlichkeiten, die den freien Kapitalverkehr behinderten. Das selbe gelte für andere indirekte Steuern mit denselben Merkmalen wie die Kapitalsteuer und die Wertpapiersteuer. Seit 1985 stand es den Mitgliedstaaten frei, die normierte Gesellschaftsteuer zu erheben (elf tun dies partiell heute noch) – oder sie wahlweise ganz abzuschaffen. Von dieser Möglichkeit hat auch Deutschland bereits im Finanzmarktförderungsgesetz des Jahres 1990 Gebrauch gemacht. Der Grund für die Abschaffung von Gesellschafts- und Börsenumsatzsteuer in Deutschland war, „die Beseitigung des Wettbewerbsnachteils der deutschen Finanzmärkte“⁴⁵. Dass diese Maßnahme mit dazu geführt hat, dass Deutschland heute neben Großbritannien das europäische Zentrum von Finanztransaktionen ist, darf getrost bezweifelt werden, denn Großbritannien hat sich bis heute noch nicht von seiner stamp duty verabschiedet, auch wenn diese über die Jahre deutlich durchlöchert wurde. Das Ende ist

1] Siehe ausführlicher im Gutachten im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung von Susanne Uhl und Thomas Rixen (2007): Unternehmensbesteuerung europäisch gestalten – mitgliedstaatliche Handlungsspielräume gewinnen, Berlin (im Internet unter www.fes.de/internationalepolitik/taxes).

2] GKKB: Gemeinsame Konsolidierte Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage; mehr Informationen über Inhalt und Stand der Beratungen gibt es im Internet unter http://ec.europa.eu/taxation_customs/taxation/company_tax/common_tax_base/index_de.htm.

3] Das Beratungsunternehmen KPMG hat im Jahr 2007 400 Führungskräfte in den Finanz- und Steuerabteilungen der größten Unternehmen aller 27 EU-Länder und der Schweiz zu ihren Ansichten über die Pläne der EU-Kommission eine GKKB einzuführen befragt. 78 Prozent der Befragten unterstützten den Kommissions-Vorschlag, 69 Prozent der Befragten befürworteten darüber hinaus einen einheitlichen Steuersatz für Gesamt Europa (im Internet unter www.kpmg.at/de/files/KPMG_Presseinformation_CCCBT_Sept_07.pdf).

4] Einen konkreten Vorschlag hierzu findet sich wieder im Gutachten – siehe Fußnote 1.

jedoch europäisch normiert abzusehen, wenn nicht passiert was passieren müsste und als Teilantwort auf die Krise der derzeitige Pfad deutlich verlassen wird.

» Es geht auf europäischer Ebene also um nichts weniger, als eine europäische Finanztransaktionssteuer, also eine Steuer auf alle Transaktionen mit „financial assets“, von Spot- und Derivatstransaktionen, den Handel auf Börsen und bilateral. Nicht belastet würde der normale Zahlungsverkehr. Eine solche Steuer könnte auch stufenweise eingeführt werden – das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung hat hierzu bereits einen konkreten Vorschlag gemacht⁶. Auf diesen Vorschlag haben sich in Österreich bereits viele positiv bezogen. So befürworteten eine Transaktionssteuer bereits Anfang des Jahres, also

noch bevor die Krise auch offiziell zur Krise wurde, die Herren Gusenbauer (SPÖ) und Molterer (ÖVP). Und schon im Jahr 2005 eilte Schröder (SPD) Chirac (UMP) zur Seite, der mit einer solchen Steuer europäische Projekte finanzieren wollte. Bei so viel Zustimmung schon in einer Vergangenheit, die noch vermeintlich ohne Krise war, wie sehr müssen in einer Gegenwart mit offensichtlicher Krise europaweit die Zustimmungswerte explodieren! Ohne eine solche gemeinsame europäische Antwort gilt jedenfalls das alte, schon fast zu genüge gehörte Sprichwort: nach der Krise ist vor der Krise. Und das wäre nur eines: schön blöd. ■

5] Finanzmarktförderungsgesetz vom 22. Februar 1990 (BGBl I S. 266).
6] Die Studie des WIFO (März 2008) von Stephan Schulmeister, Margit Schratzenstaller und Oliver Picek mit dem Titel: A General Financial Transaction Tax, kann von der folgenden Seite kostenlos heruntergeladen werden: http://www.wifo.ac.at/www/jssp/index.jsp?fid=23923&id=31819&typeid=8&display_mode=2

☞ Dr. Susanne Uhl ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Fernuniversität Hagen.



Foto: www.fotolia.de; © Manfred Ament

Buch zur Geschichte des Jugendwerkes der AWO

Autor Marcus Mesch liefert im ersten Buch zur Geschichte des Kinder- und Jugendverbandes der Arbeiterwohlfahrt (AWO) auf 236 Seiten einen umfassenden Überblick, von den Wurzeln des Jugendwerkes der AWO, über die Gründungsmotive und die Gründung bis zur Verabschiedung des Grundsatzprogramms im Jahr 2000.



Preis: 10 € pro Exemplar (zzgl. Versandkosten)

Bestellungen an:
AWO-Bundesverband e.V.
Verlag & Vertrieb
Blücherstr. 62/63
10961 Berlin
Fax: 030/2630932258
E-Mail: verlag@awo.org



Infos: Bundesjugendwerk der AWO
Fon: 030/2592728-50
E-Mail: info@bundesjugendwerk.de
www.bundesjugendwerk.de

Gewerkschaften auf dem Weg

von Bernd Lange



Foto: www.fotolia.de; © D.Ducouret

□ Navigation einschalten

Trotz aller verständlicher Aufregung über die vier jüngsten und in der Tat empörenden EuGH-Urteile (Viking, Laval, Rüffert, Luxemburg) sind die Gewerkschaften gut beraten, die Wegbeschreibung in der EU solide zu entfalten. Zweifelsohne ist eine marktradikale Kursänderung der Politik in der EU in den letzten Jahren zu verzeichnen, die zu einer deutlichen Schlagseite geführt hat. Dieser Kurs ist Ausfluss der politischen Mehrheiten und ergibt sich nicht zwangsläufig aus der EU oder den EU-Verträgen, hat aber natürlich auch Rückwirkungen auf die Rechtsprechung des EuGH.



Der EuGH hat in den Urteilen Laval, Rüffert und Luxemburg die in der EU-Entsenderichtlinie enthaltenen Mindest-Regelungsmöglichkeiten als Maximalregelung und abschließend angesehen und darüber hinausgehende Bestimmungen für unzulässig erachtet. Das Verhältnis von Dienstleistungsfreiheit und ArbeitnehmerInnenschutz wurde einseitig ausgelegt, wobei sicherlich Spielraum für eine andere Entscheidung gewesen wäre (vgl. Schlussanträge Generalanwälte Bot und Mengozzi). Der EuGH traf jedoch in den Urteilen keine allgemeinen Aussagen zum Verhältnis von Binnenmarktfreiheiten und Grundrechten. Insofern läuft eine Behauptung, der EuGH setze prinzipiell die sozialen Grundrechte hinter die Binnenmarktfreiheiten, ins Leere. Zudem gibt es auch eine ganze Reihe von EuGH-Urteilen für den ArbeitnehmerInnenschutz: Arbeitszeit (Urteile, Simap (C-303/98), Jaeger (C-151/02), Pfeiffer u. a. (C-397/01 bis C-403/01), Kommission/ Vereinigtes Königreich (C-484/04)); Urlaubsgewährung (Urteile BECTU (C-173/99), Federatie Nederlandse Vakbeweging (C-124/05)); befristeten Beschäftigung (Urteile Adeneler e.a. (C-212/04), Impact (C-268/06)); Teilzeitbeschäftigung (Urteile Rinner-Kühn (171/88), Voß (C-300/06)). Hervorzuheben sind die Urteile zur Gleichbehandlung von männlichen und weiblichen Arbeitnehmern (Urteile Defrenne (43/75), Jonkman u. a. (C-231/06 bis C-233/06)). Der EuGH ist nicht per se der Hort des Neoliberalismus.

Erforderlich erscheint eine Neujustierung der Rechtsgrundlagen: ein verändertes Primärrecht und veränderte EU-Gesetzgebungen, zu vorderst die Revision der EU-Entsenderichtlinie.

Im Primärrecht ist der Lissabon-Vertrag mit all seinen Defiziten unter den gegenwärtigen realen Kräfteverhältnissen das Maximum, was zu erzielen ist, was zeitlich einen greifbaren Horizont hat und was einige reale Fortschritte bringt. Mit dem Lissabon-Vertrag wären wahrscheinlich die vier kritisierten Urteile anders ausgefallen (vgl. neuer Artikel 3 EVU, Titel IV der Grundrechtscharta und die neue Querschnittsklausel zum sozialen Schutz, Artikel 9 EGV).

» Eine neue EU-Entsenderichtlinie muss klarstellen, dass der soziale Schutz der ArbeitnehmerInnen im Vordergrund steht. Dazu gehört: Löhne und Arbeitsbedingungen des Gastlandes gelten auch für entsandten ArbeitnehmerInnen, Möglichkeit der Verankerung der in ILO 94 definierten „ortsüblichen Löhne“, Möglichkeit der Vereinbarungen durch Mitgliedstaaten und Sozialpartner von günstigeren Bedingungen vor Ort, Verankerung der Vielzahl von Methoden der Organisation der Arbeitsbeziehungen (Tarifautonomie, Streik), Begrenzung des Entsendezeitraumes.

Dreh- und Angelpunkt für eine Kurskorrektur der Politik in der EU sind veränderte politische Mehrheiten. Zur Zeit wird die Gesetzgebung von einer konservativ dominierten EU-Kommission eingeleitet. Nur sieben der siebenundzwanzig KommissarInnen denken eher fortschrittlich. Wir haben mehrheitlich konservativ regierte Länder in der EU, 21 von 27 und damit auch eine dementprechende Mehrheit im Ministerrat. Im Europäischen Parlament gibt es ebenfalls eine konservativ-liberale Mehrheit. Hier liegt der entscheidende Hebel für Veränderungen.

□ Ziel eingeben und Ausgangsort bestimmen

Die Sinnhaftigkeit der Europäischen Integration und einer fortschrittlichen Politik in der EU steht angesichts der globalen ökonomischen und sozialen Krisen außer Frage. Transnationale Regulierungen sind die Antworten im globalisierten Kapitalismus. Dadurch begründet sich die Notwendigkeit für die Gewerkschaften, den öffentlichen Diskurs über die Inhalte der europäischen Politik offensiv zu führen und Gestaltungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Gewerkschaften müssen aktiv für eine gestaltende und regulierende Politik in der EU eintreten und ein neues Projekt mit auf den Weg bringen: die solidarische Erneuerung der EU.

Schon heute findet man eine Vielfalt von europäischen Ansätzen, wie die immer bessere Zusammenarbeit in den Europäischen Bündnissen. Im Rahmen des Sozialen Dialoges konnten Abkommen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen geschlossen werden. Die Auseinandersetzung mit der EU-Politik wird in vielen Gewerkschaften rege geführt. Die Europäische Betriebsräte (EBR)-Arbeit erfährt Unterstützung. Vielfältige Beteiligungen von Gewerkschaften an EU-Projekten im Rahmen der EU-Strukturförderung, der EU-Forschungsrahmenprogramme oder des Sozialen Dialoges sind zu verzeichnen. Der DGB hat ein kleines Verbindungsbüro in Brüssel. Allerdings ist die EU-Arbeit häufig nicht zentral verortet. Sie entsteht mitunter zufällig und im Kontext der Notwendigkeiten. Insofern gibt es zwar ein Grundgerüst, das aber ausgebaut werden muss:

» Europäische Gewerkschaften haben Gestaltungsmacht in der EU. Die sehr erfolgreiche Mobilisierung zur EU-Dienstleistungsrichtlinie hat dies unter Beweis gestellt. Gemeinsame Anstrengungen haben die Gesetzgebung um 180 Grad gedreht, haben Mitgliedsländer und Europaabgeordnete überzeugt. Dies darf allerdings keine Eintagsfliege bleiben.

□ Stationen einfügen

Für ein Projekt der Veränderung der EU-Politik muss aber sehr genau geprüft werden, wo gemeinsame Ansatzpunkte und BündnispartnerInnen in den EU-Ländern zu finden sind und wie eine gemeinsame Kommunikation stattfinden kann. Aussicht auf Erfolg hat nur ein gemeinsam von den fortschrittlichen Kräften getragenes Projekt. Zur Zeit gibt es aber gerade im Lager der fortschrittlichen Parteien und bei den Gewerkschaften in der EU noch fundamentale Unterschiede in zentralen Fragen. Insofern müssen Gewerkschaften auch selbstkritisch nach eigenen Versäumnissen fragen. Für ein tragfähiges Projekt ist zum einem ein gemeinsamer Katalog der politischen (Mindest)-Reform in der EU zu entwickeln,



der die Handlungsfelder Wirtschaftspolitik, gewerkschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten, Mitbestimmung und sozialer Schutz umfasst. Zum anderen ist die gewerkschaftliche Europäisierung voranzutreiben, um den gesellschaftlichen Diskurs in der EU stärker zu beeinflussen und die gemeinsame Basis zu stärken.

□ a) Mögliche Elemente für einen gemeinsamen Katalog der politischen Reform:

Eine offensivere Auseinandersetzung mit dem neoliberalen Mainstream in der EU-Kommission ist erforderlich. Durch die Gewerkschaften sind deutliche Impulse gegenüber der Politik der EU-Kommission in den öffentlichen Diskurs einzubringen und gute europäische Regulierungen als Handlungsoptionen zu empfehlen. Mit dem Ende des Turbokapitalismus sind die marktradikalen Linien brüchiger geworden.



Die Gewerkschaften sollten offensiv eine europäische „Wirtschaftsregierung“ mit einer effektiven Koordinierung einfordern. In einem einheitlichen Binnenmarkt und Währungsraum muss auch einheitlich wirtschafts- und fiskalpolitisch gehandelt werden; sonst bleibt es bei dem Wettbewerb der günstigsten Löhne, Steuer- und Sozialsysteme. Ein Währungsraum mit einer zentralisierten Geldpolitik erfordert zwangsläufig eine koordinierte Politik für Wachstum und Beschäftigung. Der Makroökonomische Dialog muss als Ausgangspunkt für ein verbindliches Instrument weiterentwickelt werden, das durch das Europäische Parlament demokratisch kontrolliert wird. Eine verbesserte haushaltspolitische Koordinierung sollte zu gemeinsamen und nachhaltigen Investitionen für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung führen. Dies ist angesichts der konjunkturellen Entwicklung 2009 mehr als nötig.

□ Gemeinsames Verständigen auf zentrale EU-Gesetzgebungen:

- Die Forderung nach einer Gesetzgebungsinitiative für eine Revision der EU-Entsenderichtlinie sollte ganz oben auf der Agenda stehen. (Vgl. EP-Bericht Jan Andersson, Herausforderungen für Tarifverträge in der EU (2008/2085(INI)).
- Die EU muss und kann eine Vorreiterrolle bei der Regulierung von Hedge- und Private-Equity-Fonds einnehmen. Wir brauchen eine starke Aufsicht, Kontrolle und Transparenz für die grauen Kapitalmärkte. Dazu gehören auch Regelungen, die nicht jede wackelige kreditfinanzierte Firmenübernahme möglich machen. (vgl. EP-Bericht Poul Nyrup Rasmussen, Hedge-Fonds und Private Equity (2007/2238(INI)). Die Finanzmärkte agieren auf europäischer Ebene, die Aufsicht wird bisher ausschließlich im nationalen Rahmen durchgeführt. Es hat sich gezeigt, dass ein klarer Rechtsrahmen für die Finanzmarktaufsicht mit einer gemeinsamen europäischen Aufsichtsbehörde für Finanzinstitutionen in Europa nötig ist.
- Wir brauchen zumindest abgestimmte Körperschaftssteuern in der EU mit Mindestsätzen und angeglichenen Bemessungsgrundlagen für die Erhebung der unternehmensbezogenen Steuern.
- Die Weiterentwicklung des europäischen Gesellschaftsrechtes muss klare Leitungs-, Kontroll- und Aufsichtsregeln beinhalten, die nicht den Interessen kurzfristiger Börsengewinne entsprechen, sondern auf eine solide unternehmerische Perspektive ausgerichtet sind. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen adäquat bei den Entscheidungs- und Kontrollstrukturen beteiligt werden.
- Die Revision der EBR-Richtlinie, um die Arbeitsmöglichkeiten der EBR zu verbessern und den Geltungsbereich der Richtlinie auszuweiten, ist dringend nötig.

- Die EU-Gesetzgebung zum Schutz von LeiharbeiterInnen ist durch- und umzusetzen.
- Die Revision der Arbeitszeitrichtlinie muss endlich verabschiedet werden – ohne Arbeitszeitverlängerung, ohne opting out und mit klaren Regeln zur kollektiven Interessensvertretung.
- Wir brauchen einen Rechtsrahmen für mögliche kollektive Vereinbarungen über Staatsgrenzen hinweg (Sektoral/unternehmensbezogen).
- Rechtssicherheit für Daseinsvorsorge sicherstellen: Im Bereich der Daseinsvorsorge muss die einseitige Orientierung auf Liberalisierung und wirtschaftlichen Interessen von privaten AnbieterInnen zurückgedrängt werden; wir brauchen eine Rahmenrichtlinie für Dienste von allgemeinem Interesse, die die Daseinsvorsorge schützt, Rechtssicherheit schafft, die kommunale Selbstverantwortung stärkt und die Einbindung der Sozialpartner in diesem Bereich sicherstellt. (vgl. EP-Bericht Bernhard Rapkay, Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (2006/2101(INI) und SPE-Fraktion, Vorschlag für eine Europäische Rahmenrichtlinie für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (2007)).
- Die Ratifizierung des Lissabon-Vertrages bringt leichte Fortschritte. Mit dem Lissabon-Vertrag ist aber auch ein Verfahren für die nächste Vertragsreform gegeben. Die Gewerkschaften sind aufgerufen, in einen Dialog mit den europäischen Parteien einzutreten, damit nach dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages eine Initiative für eine solidarische Weiterentwicklung der vertraglichen Grundlagen der EU ergriffen wird.

□ **b) Europäisierung der Gewerkschaften vorantreiben:**

Der Widerspruch zwischen der Europäisierung der Produktions- und Handelsbeziehungen, der unternehmerischen Strategien und der politischen Entscheidungsstrukturen auf der einen Seite und dem immer noch relativ starken Verbleiben gewerkschaftlicher Politik und Organisationsstrukturen in nationalen Bezügen auf der anderen Seite muss angegangen werden. Durch ein verstärktes gemeinsames Campaigning lässt sich der gewerkschaftliche Gestaltungsanspruch verdeutlichen, und es kann sich ein tragfähiger Konsens in den Gewerkschaften entwickeln. Die Erfahrungen des Streites um die EU-Dienstleistungsrichtlinie sind zu nutzen und ein europäisches Campaigning mit einem Mehrebenenansatz ist zu etablieren.

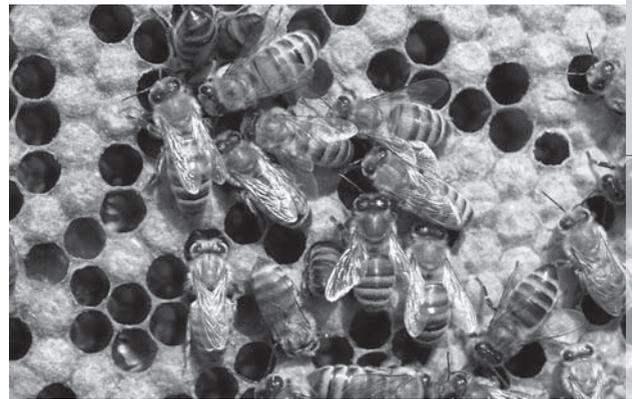


Foto: www.fotolia.de; © Irochka

Der Soziale Dialog auf europäischer Ebene birgt eine Vielfalt von Gestaltungschancen. Er muss weiter mit Leben gefüllt werden und zu mehr konkreten Abkommen führen. Durch gewerkschaftliche Initiativen sind stärkere Impulse auf den verschiedenen Ebenen dringend nötig und sie stärken zugleich die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften in der EU. Die EU-Kommission muss diesen Prozess stärker unterstützen.



» Europäische Betriebsräte sind ein ganz zentraler Baustein für die Europäisierung der Arbeitsbeziehungen, zur Gestaltung von Umstrukturierungen, und sie tragen entscheidend zu einer europaweit wirksamen gewerkschaftlichen Interessenpolitik bei. Von den Unternehmen im Geltungsbereich der EBR-Richtlinie haben bisher nur ca. ein Drittel einen EBR. Neben der Errichtung von mehr EBR kommt es auch entscheidend auf die Verbesserung der Arbeits- und Handlungsbedingungen an. Hier ist gewerkschaftliche Kompetenz gefragt.

Mehr Partnerschaften und strategische Verabredungen über Grenzen hinweg müssen entfaltet werden. Die Europäisierung von gewerkschaftlichen Kooperationen ist zu verstärken. Zur Verstärkung sind u. a. auch die Interregionalen Gewerkschaftsräte (IGR) zu aktivieren, zu stärken und Branchendialoge zu etablieren. Die IGR haben zudem im gemeinsamen Campaigning ihren Platz.

Die Gewerkschaften in der EU müssen sich mehr auf eine Koordinierung der Tarifpolitik und – wo möglich – auf gemeinsame Leitlinien verständigen. Anzustreben ist eine gemeinsame Strategie und Praxis der Lohnpolitik im gemeinsamen Währungsraum.

» Zentrale Bedingung ist, dass auch programmatische und organisatorische Konsequenzen gezogen werden. Die Integration der europapolitischen Position in die zentralen Politiken und Aktivitäten der Gewerkschaften ist die Aufgabe; „EU“ darf kein „Sonderdasein“ führen. Dazu brauchen die Gewerkschaften auch die praktische Verankerung, d.h. es müssen auch organisationspolitische Konsequenzen gezogen und entsprechend Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

□ Losfahren

2009 ist für die Weichenstellung in Richtung einer solidarischen Erneuerung der EU ein zentrales Jahr:

- Die Überarbeitung zentraler EU-Politiken wird 2009 angegangen.
- Am 7. Juni 2009 sind die nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament.
- Am 27. September 2009 sind Bundestagswahlen. Mit dem Ergebnis werden die Schienen für die Haltung der Bundesrepublik in den nächsten Jahren als stärkstes EU-Land im Ministerrat gelegt.
- Im Herbst 2009 wird eine neue EU-Kommission gewählt.

» Insofern ist der Zeithorizont für das gewerkschaftliche Handeln begrenzt. Wenn es nicht gelingt, 2009 merklich Einfluss zu gewinnen, für eine solidarische Erneuerung zu mobilisieren und die politischen Mehrheiten zu ändern, dann wird sich die Schlagseite in der EU-Politik nicht verändern. Gewerkschaften sind also gefordert, die Richtungsfragen bei den anstehenden Wahlen deutlich zu machen und mit dazu beizutragen, dass insbesondere bei den EP-Wahlen eine akzeptable Wahlbeteiligung erreicht wird. ■

☞ Bernd Lange ist Abteilungsleiter „Wirtschaft, Umwelt und Europa“ des DGB-Bezirks Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt. Er war von 1994-2004 Mitglied des Europäischen Parlaments, für das er 2009 erneut kandidiert.

Literaturschau

von Nils Hindersmann

und Stefan Stache

» Der Vertrag von Lissabon hat besonders die Kritik der globalisierungskritischen Bewegung herausgefordert. In einem Konferenzband zum EU-Verfassungsvertrag verdeutlichen die AutorInnen, dass der Vertrag von Lissabon die neoliberale Substanz seiner Vorläuferin übernommen habe. Die Konstitution Europas sei kein offenes Projekt demokratischer Mehrheiten, sondern schreibe, wie Anne Karras feststellt, Politiken der Haushaltskonsolidierung, Senkung und den Rückzug des Staates fest. Als Alternative fordert sie z.B. Mindeststandards in der Besteuerung, welche mit einfacher Mehrheit beschlossen werden können. Die restriktiven Bestimmungen der Geld- und Finanzpolitik müssten gelockert werden. Jörg Huffs Schmid skizziert den Wandel des „Europäischen Sozialmodells“ in den goer Jahren. Während Sozialpolitik in der Phase der sozialen Marktwirtschaft einen hohen Stellenwert zur Abfederung sozialer Härten des ökonomischen Wandels innehatte, werde sie heute selbst als Element der Vermarktlichung verstanden. Dennoch sollte der Begriff „Europäisches Sozialmodell“ nicht aufgegeben werden, da er positiv besetzt sei und für Werte wie Solidarität und Gerechtigkeit stehe. Die strategische Aufgabe bestehe in der öffentlichen Kritik der Widersprüche zwischen diesen Werten und der realen EU-Politik sowie in der Diskussion alternativer Wirtschafts- und Sozialpolitiken. Als ein wirksames Machtmittel ordnet Sven Giegold die Referenden gegen die Verträge ein. Einerseits sei der europäische Integrationsprozess zu befürworten, andererseits müsse man in der jetzigen Situation auch die Krise der EU in Kauf nehmen, um eine gerechtere Politik zu erreichen. Den Eliten sei es durch diese Blockade nicht gelungen, der neoliberalen Politik Verfassungsrang zu verleihen. Perspektivisch müssten die Forderungen der Bewegung harmonisiert und der gesellschaftliche Druck auf-



Foto: Christian Kiel

rechterhalten werden. Eine andere Position zum Vertrag von Lissabon nimmt Bernd Lange analog seinem Beitrag in dieser Ausgabe ein. Er stellt die Fortschritte des Vertragswerkes heraus und bewertet sie als Minimallösung, auf deren Grundlage für eine solidarische Erneuerung der EU gestritten werden müsse.

(Regina Viotto, Andreas Fisahn (Hrsg.): Europa am Scheideweg. Kritik des EU-„Reformvertrags“. In Kooperation mit dem Wissenschaftlichen Beirat von attac, Hamburg 2008).

» Mit den unterschiedlichen politischen Positionen in der EU zum europäischen Wirtschafts- und Sozialmodell befassen sich Kellermann u.a.. Innerhalb der konservativen und liberalen Parteien beobachten sie eine hohe Übereinstimmung zur Integration im Sinne größerer Deregulierung, wie z.B. die Ablehnung einer stärkeren Koordinierung der Lohn- und Beschäftigungspolitik, eines (länderspezifischen) EU-Mindestlohns oder einer einheitlichen Unternehmensbesteuerung. Dagegen sei unter den linken Parteien zwar die Problemwahrnehmung oft identisch, es beständen jedoch deutliche Unterschiede zwischen Ländergruppen. So unterstützen z.B. einige ost-europäische Linksparteien die Dienstleistungsrichtlinie in der Bolkestein-Version.

(Marius Busemeyer, Christian Kellermann, Alexander Petring, Andrej Stuchlik: Politische Positionen zum Europäischen Wirtschafts- und Sozialmodell – eine Landkarte der Interessen, Friedrich-Ebert-Stiftung 2006; www.fes.de/ipa/pdf/EWSM_GESAMTPAPIER.pdf).

Mit der Zukunft des europäischen Sozialmodells beschäftigt sich auch die spw 146/2005 (www.spw.de). ■



Foto: Christian Kiel

Frauenabend mit Beule

von Gesa Rünker



» „Ihr holt sie erst um 17.00 Uhr aus dem Kindergarten? Na ja, wenn ihr das müsst – aber gut ist das sicher nicht.“ Suse, engagierte Geschäftsführerin des Eine-Welt-Ladens „FÜR ALLE“ und Schulpflegschaftsvorsitzende, ist sehr skeptisch und sehr teilnahmsvoll, und spätestens jetzt wird mir klar:

Die Einladung zum Frauenabend hätte ich nicht annehmen dürfen. Es hätte mir etwas einfallen müssen, um das zu umgehen: Kranke Kinder, Müdigkeit, Monatsbeschwerden. Aber mir ist nichts eingefallen, außer „danke, ich komme gern“. Und jetzt sitze ich mittendrin, obwohl Erfahrungen aus früheren Veranstaltungen dieser Art mich hätten warnen müssen; doch ich glaubte, jetzt, als Ehefrau und Mutter, sei ich endlich auch einem echten Frauenabend gewachsen. Ich Närrin! Grenzenlose Fehleinschätzung!

» Denn natürlich ist alles wie immer: Es gibt kein Bier, nur sehr guten Wein, vorher Sektschen, ich hab voller Übermut zwei getrunken. Das hätte ich nicht tun sollen. Denn das Essen ist lecker-leicht, nicht fett, gesund eben – also vollkommen ungeeignet zur Kompensation von Alkohol. Zunächst ein Süppchen, nun Risotto. „Noch Wein?“ „Ja, gerne.“

Das Gespräch dreht sich schon seit einiger Zeit um Kinder. „Wirklich, ich hätte die Kinder nicht so lang in der Kita lassen können – sie wollten das gar nicht! Haben immer geweint, wenn ich sie hinbrachte!“, nimmt Suse den Faden wieder auf. „Ja“, pflichtet Heike bei, eine Psychologin, wieder halbtags im Job, „meine auch, das tat mir so weh. Abgeben in der Kita, das war wie tägliches Abstillen.“

„Stillen, oh ja“, schwärmt Gesine, Mathematikerin, nun Hausfrau, „ich hab gestillt, bis nichts mehr kam – fast drei Jahre lang. Es gibt nichts Schöneres und Besseres!“

„Na ja, also ich ...“ mein Hirn zeigt sich träge, ist das schon der Sekt? „Ich hab den Eindruck“, setze ich fort, „die Kinder sind gern im Kindergarten.“

„Kommt natürlich darauf an“, sagt Suse, „was daheim so geboten wird.“ „Ich hab viel mit meinem Sohn unternommen“, erzählt Heike, „es ist eben doch wichtig, dass die Impulse aus dem Elternhaus kommen.“ Gesine weiß mehr. „Abnabeln ist richtig, nur – Schritt für Schritt. Mein Sohn ist jetzt 20, und wir sprechen noch immer über alles. Der Grundstein muss früh gelegt werden!“ „Kinder haben ist bombastisch, wenn nur die Männer uns nicht so im Stich ließen“, meint Heike erfahrungsschwer. „Sie können es nicht anders“, sagt Suse, „sie wissen es nicht besser und haben kein Gefühl dafür. Also für das, was nötig ist an jedem Tag. Das sehen einfach nur Frauen!“

» Ich sehe Rot. „Und Ihr wollt es nicht anders“, ich bin lauter als nötig. „Ich muss jetzt nach Hause“, füge ich etwas leiser hinzu, „gleich beginnt das Sportstudio!“

Ich erhebe mich, verlasse den Abend vor dem Obstsalat; ich finde meinen Mantel, erreiche die Haustür, bin endlich draußen, tappe im Dunkeln, vergesse die Stufen, lande sehr unsanft auf der Nase und spüre Schmerzen. Doch frische Luft tut gut. Mit mir keine Frauenabende mehr! ■

☞ Gesa Rünker, arbeitet als Hörfunkredakteurin und lebt in Leichlingen.

Stichwort zur Wirtschaftspolitik: Das VW-Gesetz

von Arne Heise



» Mit der Gründung des Volkswagenwerkes in der Nähe von Fallersleben – dem heutigen Wolfsburg – im Jahr 1938 gaben die Nazis vor, ihr Versprechen von der Volksmotorisierung einzulösen. Träger der Volkswagenwerk GmbH war die Deutsche Arbeitsfront, die 1933 vor allem mit dem Vermögen der aufgelösten, freien deutschen Gewerkschaften gegründet worden war. In die Errichtung des Volkswagenwerkes floss also reichlich und vornehmlich gewerkschaftliches Vermögen. Nach Kriegsende wurde die Volkswagen GmbH, die zwischen 1939 und 1945 nur wenige Volkswagen des Konstrukteurs Ferdinand Porsche, aber viel militärisches Gerät für die Wehrmacht produzierte, unter britische Militärverwaltung gestellt. 1949 übertrug die britische Militärverwaltung die Volkswagen GmbH an die neu gegründete Bundesrepublik als Treuhänderin und das Land Niedersachsen als Verwalter.

Nach einer beispiellosen Erfolgsgeschichte der VW GmbH zerstritten sich Ende der 1950er Jahre die damals CDU-geführte Bundesregierung und die damals SPD-geführte Landesregierung Niedersachsen über die rechtliche Eigentümerschaft. Dieser Streit, in dem auch die wieder gegründeten Gewerkschaften verwickelt waren, wurde 1960 mit dem VW-Gesetz auf der Grundlage eines Staatsvertrages beigelegt. Das VW-Gesetz ermöglichte die Umwandlung der VW GmbH in die VW AG und damit deren Privatisierung. Das VW-Gesetz sah folgende Sonderbestimmungen vor: 1. Kein Anteilseigner sollte mehr als 20 Prozent der Stimmanteile ausüben dürfen, auch wenn der Kapitalanteil über 20 Prozent liegen sollte; 2. Im Aufsichtsrat sollten die Bundesrepublik Deutschland und das Land Niedersachsen jeweils mit zwei Mitgliedern vertreten sein, solange sie mindestens eine

Aktie der VW AG halten; 3. abweichend vom Aktiengesetz ist die Sperrminorität im Aufsichtsrat von ein Viertel auf ein Fünftel der Stimmen abgesenkt. Mit diesen Regelungen sollten einerseits den öffentlichen Eigentümern – vor allem dem Land Niedersachsen – besondere Einflussmöglichkeiten gesichert werden, die der besonderen regionalökonomischen Bedeutung der VW AG für Niedersachsen Rechnung trägt und womit gleichzeitig – quasi treuhänderisch – den gewerkschaftlichen Interessen nach Sicherung der Arbeitsplätzen nachgekommen werden kann. Andererseits sollten die Anreize für eine Konzentration der Anteile in wenigen Händen reduziert werden, um ebenfalls der gewerkschaftlichen Forderung nach breiter Streuung des Aktienbesitzes und Schutz vor Eigentümer- und Standortwechsel entsprechen zu können – diese starke Berücksichtigung von Arbeitnehmerinteressen muss vor dem Hintergrund der ursprünglichen Vermögensanteile der Gewerkschaften an der VW GmbH gesehen werden.

Foto: www.fotolia.de; © Martina Berg





Gegen die Regelungen des VW Gesetzes klagte die Europäische Kommission im Jahr 2005, weil sie die Freiheit des Kapitalverkehrs – eine der Grundfreiheiten in der Europäischen Union – und die Niederlassungsfreiheit gefährdet sah. Dieser Klage gab der Europäische Gerichtshof (EuGH), der in der jüngeren Vergangenheit mehrfach durch extrem wirtschaftsfreundliche Rechtsprechung aufgefallen war, im letzten Jahr nach, ohne dabei genau auszuführen, welche Bestimmungen des VW Gesetzes gegen den EU-Vertrag verstoßen. Die Bundesregierung reagierte auf das EuGH-Urteil mit dem Entwurf einer VW-Gesetz-Novelle, die zwar die bevorzugte Entsendung von Aufsichtsratsmitglieder durch Niedersachsen und den Bund und die Stimmanteilbeschränkung kippt, nicht aber die gegenüber dem Aktiengesetz abweichende Sperrminorität von 20%, die deshalb so wichtig ist, weil Niedersachsen gerade noch über einen Aktienanteil von 20,1% verfügt und damit bei wichtigen Entscheidungen ein Veto-Recht bekäme. Außerdem sollen die Arbeitnehmerrechte dadurch gestärkt werden, dass wichtige Unternehmensentscheidungen – z.B. über Standortverlagerungen – mit Zwei-Drittel-Mehrheit im Aufsichtsrat entschieden werden müssen (und folglich nicht mehr gegen die Arbeitnehmervertreter durchgesetzt werden könnten). Es soll allerdings eine dem Gesetzes-Entwurf beigefügte Protokollnotiz geben, wonach die Sperrminoritätsklausel gestrichen werden kann, wenn die Kommission neuerlich gegen die VW-Gesetz-Novelle klagt und die Zahlung einer Geldbuße wegen Verletzung des EU-Vertrags droht.

Es gibt Hinweise darauf, dass die Europäische Kommission mit dem Binnenmarkt-Kommissar Charlie McCreevy auch die VW-Gesetz-Novelle weiterhin für vertragsverletzend hält und deshalb erneut vor dem EuGH klagen wird. Diese Sichtweise wird übrigens in der Bundesrepublik von Vertretern des Landes Baden-Württemberg und der dort ansässigen Firma Porsche, dem größten Einzelaktionär von VW, geteilt. Damit zieht sich der Streit um das VW-Gesetz quer durch die CDU, wo Niedersachsens Ministerpräsident Wulff und Bundeskanzlerin Merkel die Novelle und die dort

fortgeschriebenen Sonderrechte Niedersachsens und der Arbeitnehmervertreter unterstützen und der Baden-Württembergische CDU-Ministerpräsident Oettinger mit einer Bundesratsinitiative gegen das VW-Gesetz gescheitert war.



Letztlich werden historisch oder regionalpolitisch begründete Argumente für die Sonderstellung Niedersachsens und der Arbeitnehmervertreter bei VW keine Chance haben, als Rechtfertigungsgrund vor dem EuGH zu bestehen – und dies, abgesehen von populistischen Überlegungen, wohl auch zu recht. Fraglich ist allerdings, ob die VW-Gesetz-Novelle tatsächlich gegen europäisches Vertragsrecht verstößt, denn es müsste nachgewiesen werden, wieso die gefundenen Regelungen – insbesondere zur Sperrminorität – der Kapitalmobilität und Vollendung des EU-Binnenmarktes zuwider laufen. Tatsächlich könnte damit die Anlagebereitschaft von Großinvestoren reduziert werden – genau dies ist ja eines der Ziele des ursprünglichen VW-Gesetzes und auch der Novelle. Damit aber verstößt es noch lange nicht gegen EU-Recht. Dies wäre erst dann der Fall, wenn potentielle ausländische Investoren in besonderer – und damit diskriminierender – Weise von den Regelungen des VW-Gesetzes betroffen wären. Dies ist aber nicht zu erkennen. Indem das EuGH aller Voraussicht nach auch die Gesetzesnovelle beanstanden wird, zeigt sich erneut, dass dieses Gericht nicht nur die diskriminierungsfreie Einhaltung der EU-Verträge überwacht, sondern sein ureigenes Rechtsverständnis von politischen Regelungsmöglichkeiten ökonomischer Zusammenhänge durchsetzt. Dies entspricht sicher nicht den im EU-Vertrag vorgesehenen Aufgaben des EuGH. ■

↳ Dr. Arne Heise ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.



Foto: www.fotolia.de; © MichaelJordan

Die Hinwendung zur Wirklichkeit

von Alex Demirovic ■ ■

Der Juso-Bundeskongress nahm den Antrag „Für eine Linke der Zukunft. Thesen zu jungsozialistischer Politik“ mit deutlicher Mehrheit an. Die Thesen wollen der sozialistischen Zielorientierung mehr Geltung verschaffen und setzen einen wichtigen Kontrapunkt im Kontext der deutschen Sozialdemokratie, die sich als Partei der neuen Mitte versteht. Unter Kurt Beck wurde diese Orientierung etwas gemildert, durch die aktuellen Personalentscheidungen aber erneut bekräftigt.



Der Feststellung der Thesen ist zuzustimmen, die SPD sei derzeit keine sozialistische Partei. Jedoch ist die Schlussfolgerung unangemessen, andere linke Kräfte müssten vom sozialistischen Engagement in der SPD überzeugt sowie das Ziel verfolgt werden, alle progressiven Kräfte wieder in der SPD zu versammeln (These 15). Das war historisch zu keinem Zeitpunkt der Fall. Gerade im Sinne eines demokratischen Sozialismus muss die sozialistische Linke mit der Pluralität ihrer Strömungen leben. Nicht alle wollen erst in der SPD für eine linke Partei kämpfen, sie finden Alternativen, die eine linke Politik sogleich ermöglichen. Viele wollen ihren Veränderungswillen nicht auf Gremiensitzungen, Verfahren und Abstimmungen beschränken, sondern Praktiken der emanzipierten Lebensgestaltung entwickeln. All dies begünstigt eine kritische und lebendige Diskussion. Entscheidend ist das politische Handeln für das Ziel einer selbstbestimmten und freien Vergesellschaftung, ein Zusammenleben in Frieden und ohne Ausbeutung. Es kann keine Pflicht geben, sich dafür zunächst in der SPD oder einer anderen Partei zu bewähren. Parteien sind Organisationen, die unter Umständen helfen, das Ziel besser zu erreichen – das Ziel überschreitet aber jede einzelne Organisation und Organisationsform. Dennoch wäre es positiv, wenn sich aufgrund des Engagements der Jusos Kräfteverschiebungen in der SPD ergäben, die zur Entstehung möglicher gesellschaftsverändernder Bündnisse und sozialer Bewegungen sowie von diesen getragenen Regierungskoalitionen beitragen (vgl. Thesen 17 und 20).

Die Jusos sehen sich dem demokratischen Sozialismus verpflichtet und streben eine andere Gesellschaft, andere Formen des Zusammenlebens jenseits der Totalität des Kapitalismus an. Sie dehnen den Kreis der zur Veränderung stehenden Verhältnisse also weit über die kapitalistischen Produktionsverhältnisse und den Staat aus und beziehen Unterdrückungsverhältnisse wie Sexismus oder Rassismus mit ein (vgl. Thesen 37ff). Darüber hinaus wollen sie die nationalstaatlichen Hemmnisse von Politik überwinden, für eine Internationalisierung der ArbeiterInnenbewegung

eintreten und zur Auflösung standortnationalistischer Argumentationsmuster beitragen. Die Veränderungen sollen durch demokratische Diskussionen ermöglicht, nicht durch Eliteentscheidungen herbeigeführt werden. Ganz richtig wird betont, dass die Vorstellungen von Sozialismus nicht vorweggenommen werden sollten, sondern Ergebnis der demokratischen Prozesse sein müssen. Eine sozialistische Organisation sollte aber auch Vorschläge machen, wie dieser Sozialismus herbeigeführt und organisiert werden kann. Aus der Sicht der Jusos – und im Unterschied zu anderen sozialistischen und emanzipatorischen Strömungen – nicht zur Bevormundung anderer, sondern um die Diskussion voranzubringen. Sie sollte erläutern, in welcher Weise der demokratische Prozess zum gewünschten Ziel führen kann. In These 8 wird auf das Erfordernis einer diese kapitalistische Gesellschaft überwindenden politischen Strategie hingewiesen. In welcher Weise sich ein solcher Übergang demokratisch vollziehen kann, wird allenfalls indirekt dargelegt.

» Der Kapitalismus wird als ein auf dem Marktprinzip und der Konkurrenz basierendes System charakterisiert. Die Vermehrung des eingesetzten Kapitals sei das eigentliche Ziel der Produktion, nicht die Bedürfnisbefriedigung und die wirklichen Interessen der Menschen (vgl. Thesen 9, 10 und 27). Danach handelt es sich bei der Kapitalakkumulation um einen bloß systemischen Prozess, der sich über die menschlichen Bedürfnisse und Konflikte hinwegsetzt. Demzufolge wären die politisch-ökonomischen Prozesse nicht durch Menschen und ihre Konflikte vermittelt. These 16 hält daran fest, dass auch die gegenwärtige Gesellschaft eine von Klassen sei, aber dies wird nicht zu der Aneignung des Arbeitsvermögens der Menschen durch eine Minderheit von Privilegierten in Beziehung gesetzt. Politisch legt dies nahe, dass alle Menschen diesem System äußerlich gegenüberstehen und unter dem Blickwinkel ihrer wirklichen Bedürfnisse GegnerInnen dieser überwältigenden Macht des Kapitalismus sein müssten. Jedoch sind nicht nur unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten Aussagen

darüber zweifelhaft, was die richtigen Bedürfnisse der Menschen sein sollten. Die Totalität der kapitalistischen Verhältnisse selbst entspricht bestimmten Bedürfnissen, nämlich derjenigen, die damit ihre Machtpositionen durchsetzen und erhalten. Deswegen ist die Formulierung in These 9, wonach Kapital und Arbeit als Antagonismus sich gegenseitig bedingen und sich nicht hierarchisieren lassen, ungenau und problematisch, denn daraus könnte geschlossen werden, dieses Verhältnis von Kapital und Arbeit ließe sich niemals beenden, weil die Arbeiter das Kapital brauchen, soll es nicht zu einem Rückschritt auf das Niveau von Handwerkersozialismus und Maschinenstürmerei kommen. Kapital und Arbeit, genauer: Lohnarbeit befinden sich in einem antagonistischen Verhältnis, aber ihr Verhältnis muss als Hierarchie verstanden werden. Das Kapital benötigt, um sich vermehren zu können, die lebendige Arbeit der unmittelbaren ProduzentInnen und bringt sie deswegen unter ihr Kommando, aber die Arbeit benötigt nicht das Kapital – wenn unter Kapital nicht die gesellschaftlichen Ressourcen, sondern ein Eigentumsverhältnis verstanden wird. Dieses ermöglicht, dass einige wenige sich die Mehrarbeit der Mehrheit der Menschen aneignen und alles so erscheint, als würden die KapitaleignerInnen etwas riskieren, investieren, arbeiten, den gesellschaftlichen Reichtum vermehren.



Foto: Jusos in der SPD

» Der Kapitalismus basiert nicht auf dem Marktprinzip, sondern auf der Lohnarbeit und der Verwandlung der privat angeeigneten gesellschaftlichen Mehrarbeit in Kapital. Er schließt neben der Konkurrenz auch die Bildung von Monopolen und die Beseitigung von Märkten ein. Wichtiger ist, dass die daraus sich ergebende Behauptung in These 12, wonach der Kapitalismus keinen bürgerlichen Rechtsstaat braucht, zwar mit der in den Thesen dargelegten systemtheoretischen Auffassung zusammengeht, wonach der Kapitalismus ein profitorientiertes System ist, aber nicht richtig ist. Diese Überlegung erscheint mir zentral für die in den Thesen vertretene Auffassung von Politik und Strategie. Denn These 12 zufolge ist der Staat gleichzeitig materielle Voraussetzung der Kapitalakkumulation und Dienstleister des Kapitals. Darin wird die Möglichkeit gesehen, in die systemische Dynamik einzugreifen und Akzentverschiebungen vorzunehmen (ebd.). Zu den Basisaufgaben des Rechtsstaates gehörten ebenso der soziale Frieden und die Autobahnzufahrt (!). Der soziale Friede ist jedoch keine Aufgabe des Staates unter anderen, genau zu diesem Zweck wurde der vom Bürgertum vorgefundene feudale Staatsapparat umgebaut, während staatliche Aufgaben je nach Konjunktur und innerkapitalistischer Konkurrenz auch mal Privaten überlassen werden. Mein Eindruck ist, dass sich hier eine klassische sozialdemokratische Form der Staatstheorie fortsetzt. Danach soll der Staat dem Kapital zwar äußerlich und systemwidrig sein, aber ohne Staat ginge es auch nicht. Das wiederum gebe den sozialen und demokratischen Kräften die Möglichkeit, die Konkurrenzökonomie durch Gesetze und Normen der staatlichen Kontrolle zu unterwerfen. Der Staat – womit in den Thesen zu Recht nicht mehr der Nationalstaat, sondern ein Mehrebenenstaat gemeint ist – erscheint insofern als die Gegenkraft, die dem Kapital die Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes Leben abtrotzt. Damit wäre schließlich auch die Frage nach der Demokratie in groben Zügen beantwortet: Es handelt sich um einen parlamentarisch-repräsentativen Gesetzgebungsprozess, in dem es einer starken linken Partei gelingt, die kapitalistische Eigendynamik wieder einzubetten. Solche Bemühungen um parlamentarische

Mehrheiten und um Neuregulierung, wie z.B. Wiedereinrichtung einer starken progressiven Besteuerung und umfassende Investitionsprogramme, sind sinnvoll. Aber der moderne Staat ist so ambivalent und widersprüchlich wie das Kapitalverhältnis und stellt eine der fürchterlichsten Formen der Ausübung von Macht dar. Kritik des Staates und emanzipatorische Entstaatlichung sind für die Selbstbestimmung der Individuen unerlässlich. Es ist notwendig, aus der Alternative Markt und Staat herauszutreten, in die der Liberalismus die Linke fängt. Die Entwicklung des Kapitalismus selbst hat die Theorie der sozialen Demokratie in wesentlichen Aspekten widerlegt – nicht zuletzt, wenn man die starken Wechsel betrachtet, denen die SPD unterworfen war. So trat sie für sozialstaatliche Regulierungen ein, hob selbige im Namen von Sachnotwendigkeiten aber auch wieder auf. Relevante Mehrheiten für emanzipatorische Ziele lassen sich allein auf dem parlamentarischen Weg nicht gewinnen. Beschlossene Gesetze werden unterlaufen und von Verwaltungen nicht implementiert. Von Kapitalmacht unterstützte neue demokratische Mehrheiten stoßen Erreichtes wieder um. Die Frage für die Linke ist, wie sich effektive Brüche organisieren lassen. Es bedarf breiter sozialer Bewegungen, selbstbestimmter Öffentlichkeiten in der Hand der Öffentlichkeit (nicht der KapitaleignerInnen, Kirchen und Parteien), der Erweiterung der politischen Einrichtungen durch neue Verfahren und Institutionen der Demokratie, starker Gewerkschaften. Das demokratische Engagement vieler Menschen muss als gesellschaftlich produktive Arbeit anerkannt werden um nachhaltig wirksam zu werden. ■

☞ Dr. Alex Demirovic ist Gastprofessor am Institut für Gesellschaftswissenschaften und historisch-politische Bildung der Technischen Universität Berlin. Der Beitrag bezieht sich auf die Fassung der Thesen vom 11.10.2008, Änderungen des Juso-Bundeskongresses konnten nicht berücksichtigt werden.



Foto: www.photocase.com; © madochab

Wege zur Stabilisierung des internationalen Finanzsystems

von Wolfgang Filc

» John Maynard Keynes schrieb 1926 in seinem Essay „The End of Laissez-Faire“: „Viele der größten wirtschaftlichen Übel unserer Zeit sind die Früchte von Risiko, Unsicherheit und Ignoranz“. Dazu zählen Krisen monetärer Märkte, gar ganzer Finanzsysteme. Aus dem Debakel mit Hypothekenkrediten hoher Risikoklasse in den USA ist als weitere Ursache für die Krisenanfälligkeit von Finanzsystemen Gier nach immer höheren Gewinnen hinzuzufügen.

Finanzmarktkrisen sind Ergebnis eines zur Instabilität neigenden Kapitalismus, der immer stärker von Finanzgeschäften dominiert wird. In langen Phasen wirtschaftlichen Wachstums verlieren Banken, Unternehmen und Anleger das Gefühl für Risiko. Immer stärker umgehen Banken Regulierungen, so durch die Herausnahme von Krediten aus den Bilanzen, um sie in Wertpapieren zu bündeln, versehen mit einem vermeintlichen Wertetikett. Dann werden sie um den Globus geschickt und jenen verkauft, die Rendite über alles lieben und Risiken nicht zur Kenntnis nehmen. Zudem zwingt der Wettbewerb Banken immer wieder neue, noch komplexere Finanzprodukte auf den Markt zu werfen, deren Konstruktion kaum noch zu verstehen ist.

» Je länger der Boom anhält, desto waghalsiger werden die Finanzierungen. Nach Kreditnehmern, die den Schuldendienst ordentlich verrichten, kommen schließlich auch jene zum Zuge, die allein bei sehr niedrigen Zinssätzen den Schuldendienst leisten können. Dieses Kartenhaus bricht zusammen, wenn Zinssätze angehoben werden. Das kann die gesamte Finanzbranche in eine Krise stürzen und schwere wirtschaftliche, soziale und politische Verwerfungen zur Folge haben. Dort sind wir angelangt. Warum? Das hat eine lange Vorgeschichte.

Die Überzeugung hinsichtlich der Effizienz von Finanzmärkten stand Pate bei ihrer Deregulierung und der Globalisierung der Finanzbeziehungen. Dabei konnte man sich auf empirische Untersuchungen stützen, die zu entsprechenden Ergebnissen gelangt waren. Dann aber ist alles bestens gerichtet. Die Marktergebnisse sind effizient. Deshalb hat sich der Staat als Regulierungsinstanz von Finanzmärkten zurückziehen. Flexibilisierung, Deregulierung, Internationalisierung, Globalisierung sind geboten, um die Wohlfahrt zu mehren. Und dieser Weg wurde konsequent eingeschlagen. Das begann mit der Aufgabe des Systems fester Wechselkurse.

Der Übergang zu flexiblen Wechselkursen gegenüber dem US-Dollar im Frühjahr 1973 basierte auf diesem Vertrauen in die Effizienz sich selbst überlassener Finanzmärkte. Denn wenn, wie damals nahezu einhellige Meinung, von Regulierungen befreite Finanzmärkte zu effizienten Lösungen gelangen und deshalb Kurse, Preise und Renditen alle relevanten Informationen bestens reflektieren, ist es Sünde wider den marktwirtschaftlichen Geist, Devisenkurse als Preisscharnier zwischen Währungsräumen zu fixieren. Fixierte Scharniere rosten und verlieren Elastizität. Flexibilität dagegen garantiert Geschmeidigkeit und Anpassungsfähigkeit. Das Motto lautete: Deregulierte Finanzmärkte regeln sich von selbst, weil keine Gewinnchance ungenutzt gelassen wird. Deshalb werden stets Gleichgewichtswerte von Kursen, Preisen und Renditen erzielt.

Die „Finanzinnovation“ flexible Wechselkurse markiert den Beginn einer neuen Epoche der Finanzbeziehungen. Man meinte, die Entfesselung der Finanzmärkte von staatlichen Eingriffen würde zu größerem Wohlstand überall in der Welt führen. Das stand auf der Rezeptur jener, die vollständige Liberalisierung und weitgehende Deregulierung der Finanzbeziehungen empfohlen hatten. Auf den Beipackzetteln war aber nicht vermerkt, dass damit Gefahren entstehen können, die sich zu einem Systemrisiko nicht nur für Finanzmärkte, sondern auch für die Stabilität marktwirtschaftlicher Systeme zusammenballen können.

Systemische Risiken sind deshalb auch Ergebnis wirtschaftspolitischer Entscheidungen. Die Wirtschaftspolitik entließ sich aus ihrer Aufgabe, Risiken von Wertänderungen des Vermögens privater Anleger zu begrenzen, zunächst durch flexible Wechselkurse, später durch Deregulierung von Finanzmärkten. Nach Freigabe der Wechselkurse lösten sich Finanzmärkte zunehmend von Gütermärkten. Es ergaben sich drei Probleme, die miteinander verwoben sind.

Erstens ein Mengenproblem: Das Geldvermögen wächst weitaus stärker als das Sozialprodukt oder das Sachvermögen der Welt. Das Geldvermögen machte 1960 in Deutschland und in den USA knapp die Hälfte des Werts des Sachkapitals aus, 2006 rund das Doppelte in Deutschland und mehr als das Vierfache in den USA. Damit kam es zu einem Abkoppeln des finanzwirtschaftlichen Bereichs von der Güterwirtschaft, zu dem Verlangen von Vermögensanlegern, aus Finanztransaktionen kurzfristig die höchsten Erträge zu erzielen. Das führte zu rasch reversiblen Kapitalströmen zwischen Ländern. Die Summe der Auslandsforderungen und Auslandsverbindlichkeiten, bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt, ist in den Industrieländern in den letzten dreißig Jahren von knapp 50 % auf über 300 % gestiegen. Die täglichen Umsätze an Devisenmärkten stiegen von 650 Mrd. US-\$ im April 1989 auf 3,2 Billionen US-Dollar im April 2007. Zum Vergleich: Der weltweite Güterexport machte 2006 14,7 Billionen US-Dollar aus. Zur Abwicklung des internationalen Leistungsaustauschs hätte es 2007 genügt, die Devisenmärkte für drei Tage zu öffnen.

Dieses Mengenproblem hatte ein Preisproblem im Gefolge: Die Schwankungen von Preisen, Kursen und Zinssätzen an Finanzmärkten haben drastisch zugenommen. Schon das geringste Rumoren führt nun zu abrupten Preisänderungen an Vermögensmärkten, so für Aktien, Devisen und Immobilien. Damit können sich spekulative Blasen herausbilden, die auch aus nichtigem Anlass platzen können, mit katastrophalen Auswirkungen für Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Lebenssituation der Menschen.

» Das Preisproblem bewirkte ein rasantes Wachstum von Finanzderivaten; von finanziellen Grundgeschäften abgeleitete Instrumente, um die mit jeder Finanzierung verbundenen Risiken handelbar zu machen. Finanzderivate sind mit Wetten auf künftige Preisänderungen verbunden. Gehen diese Wetten aber nicht auf, so erleiden jene Verluste, die Finanzderivate erworben haben. Diese Verluste können auf andere Finanzmarktteilnehmer übertragen werden, auch auf den güterwirtschaftlichen Bereich, und das weltweit.

Diese drei Problembereiche sind miteinander verbunden. Verschärft sich das Mengenproblem, etwa wegen hoher Leistungsbilanzsalden, so nimmt bei Umschichtungsvorgängen des Geldvermögens zwischen Währungsräumen die Anfälligkeit des Finanzsystems für abrupte Preis- und Renditeschwankungen zu. Zugleich steigt der Bedarf an Finanzderivaten. Sie erleichtern die Verteilung von Risiken, verlocken aber auch – und vor allem – zur Spekulation, laden dazu ein, sich an Wetten über Kurs- und Renditeänderungen zu beteiligen, mit der Folge, dass die Mengen- und Preisprobleme weiter zunehmen. Der Teufelskreis ist perfekt. Das ist das systemische Risiko instabiler Finanzmärkte.

jeder Kreditfinanzierung eines Investitionsprojekts müssen Erwartungen über die künftige Zahlungsfähigkeit des Schuldners gebildet werden. Zudem hat der Investor die Profitabilität seines Vorhabens einzuschätzen. Beides ist unsicher, beinhaltet also ein spekulatives Element. Deshalb verlangen Finanzgeschäfte den Umgang mit Wahrscheinlichkeiten über künftige Gewinne und Risiken, auch über die Solvenz des Partners.

» Kreditgeber sind über die Erfolgsaussichten und Risiken der Investitionsprojekte von KreditnehmerInnen schlechter informiert als diese selbst. Und KreditnehmerInnen werden es vermeiden, dem Gläubiger schlechte Nachrichten preiszugeben, weil beim Offenlegen der Karten die Finanzierung platzen könnte. Der Nachfrager nach Finanzmitteln ist allein an der Auszahlung interessiert, die er für Investitionen mit Aussichten auf hohen Gewinn aber großem Verlustrisiko verwenden kann, wenn das dem Kreditgeber verborgen bleibt. Läuft das Geschäft gut, ist der Kreditnehmer der Gewinner, geht es nicht auf, ist der Gläubiger der Dumme.



Foto: www.fotolia.de; © Falko Matte

Häufig stecken dahinter Informationsprobleme. Es gehört zu einem wesentlichen Kennzeichen effizienter Märkte, dass die TeilnehmerInnen über relevante Entscheidungsparameter gut und möglichst kostenlos informiert sind. Dabei aber tun sich in der Wirklichkeit die größten Schwierigkeiten auf, vor allem an Finanzmärkten. Finanzkontrakte erfordern einen Blick in die Zukunft. Bei

Von Effizienz der Finanzmärkte kann dann keine Rede sein. Die gegenwärtige Finanzmarktkrise ist hierfür Beleg. Ohne hinreichende Sicherheiten wurden Kredite gebündelt, in Wertpapieren verbrieft und irgendwo in der Welt blauäugigen Anlegern angedreht. Der Verkäufer hätte die Risiken kennen müssen, der Käufer eher nicht. Das ist ein treffendes Beispiel, wie asymmetrische Verteilung von Informationen zu einem Kollaps von Finanzmärkten führen kann, und das im Zuge der Globalisierung weltweit.



Foto: www.fotolia.de; © Heino Pattschull

» Viele dieser Verwerfungen sind, wie bereits Keynes vermerkt hatte, Früchte von Risiko, Unsicherheit und Ignoranz. Eine größere Stabilität von Finanzmärkten muss darauf abzielen, diese Ursachen zu begrenzen. Geschieht das nicht, wird das Feld ignoranten Spielern überlassen, die Risiken nicht zur Kenntnis nehmen, so sind gesamtwirtschaftliche Fehlentwicklungen über die Finanzmärkte hinaus die Folge. Milliarden-Verluste aus fehlgeschlagener Spekulation, die Bankkunden und Steuerzahler belasten, gar Rezession und Arbeitslosigkeit zur Folge haben, sind kein unvermeidbarer Betriebsunfall, wenn Ignoranz auf der Leitungsebene gegenüber augenfälligen Risiken ursächlich ist. Das zu vermeiden verlangt einen wirksamen Anreiz: Kein goldener Handschlag bei einem Scheitern, sondern eine kräftige Beteiligung am Verlust.

Fehlentwicklungen an Finanzmärkten, die zur Spekulation anreizen, sind darauf zurückzuführen, dass Vermögenswertänderungsrisiken als Folge wirtschaftspolitischer Entscheidungen gewachsen sind. Die Begrenzung von Fehlentwicklungen an Finanzmärkten hat deshalb hier anzusetzen. Maßnahmen der Wirtschaftspolitik sollten darauf abzielen, die Erwartungen der Marktteilnehmer zu stabilisieren und zu kanalisieren. Gelänge dies, so würden Volatilitäten an Finanzmärkten gedämpft und die Dominanz spekulativer Motive für Finanzgeschäfte könnte zurückgedrängt werden. Finanzmärkte könnten dann wieder die ihnen zukommende dienende Funktion für Gütermärkte übernehmen, für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung.

» Wie hierzu vorzugehen ist, ist vor allem eine Frage, was zweckmäßig und im internationalen Rahmen durchsetzbar ist. Das ist keine Grundsatzfrage mehr. Ineffiziente Finanzmärkte verlangen regulierende Begleitung durch außermarktmäßige Institutionen, von Zentralbanken und der Bankenaufsicht, durch den Gesetzgeber. ■

☞ Dr. Wolfgang Flic ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Trier. Sein Forschungsschwerpunkt ist monetäre Makroökonomie. Vom 01.12.1998 - 30.06.1999 war Flic Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung „Internationale Finanz- und Währungsbeziehungen“ im Bundesministerium der Finanzen.

LINKE?
Bei uns schon
seit 1863!

Mitglied werden!

DL 21

Forum demokratische Linke
Die Linke in der SPD

www.forum-dl21.de



80 Jahre Klassenkampf. Zur Geschichte der SPW nach 1928

von Thilo Scholle



» Die Geschichte der Sozialdemokratie und der politischen Linken in der Weimarer Republik insgesamt spiegelt sich auch in unzähligen Publikations- und Zeitschriftenprojekten. Neben der parteioffiziellen Presse, meist mit nur kleinen Auflagen verkauft, übten sie doch Einfluss auf die politische Diskussion der Zeit aus. Auch heute noch bieten sie einen faszinierenden Einblick in die damaligen politischen Debatten sowie in die intellektuelle und programmatische Entwicklung der politischen Linken zwischen den beiden Weltkriegen. Zugleich wird das Wirken der radikalen politischen Linken und ihrer Zeitschriften auch im Kontext der Suche nach den Gründen für das Scheitern der Weimarer Republik betrachtet. Innerhalb des Kontextes der Sozialdemokratie spielte sich die Kritik am Status Quo der Republik sowohl am linken wie auch am rechten Rand der Partei ab.

□ „Von links gegen Weimar?“

Einen äußerst lesenswerten Überblick über die zeitgenössische linke Parlamentarismuskritik gibt Riccardo Bavaj in seinem Buch „Von links gegen Weimar“. Ausführlich werden hier die Positionen nahezu sämtlicher Gruppen der radikalen Linken in ihrer Entwicklung vorgestellt: Die KPD samt Abspaltungen wie der KPO; Anarchisten und Anarcho-Syndikalisten wie die KAP und die FAU; sowie auch die Gruppe um Paul Levi sowie um Max Adler

und die Zeitschrift „Der Klassenkampf“. Ein zweiter Teil behandelt das Weimarer Kulturleben. Nahezu alles, was an linken Kulturschaffenden Rang und Namen hat, wird hier mit den wichtigsten Werken und Positionen vorgestellt. Dabei versucht der Autor, die einzelnen Personen und Gruppen mittels ausführlicher Zitate selbst zu Wort kommen zu lassen.

Der Autor unterscheidet klar zwischen „rechter“ und „linker“ Parlamentarismuskritik. Allerdings geht er auf den Kristallisationspunkt des Denkens der radikalen Linken kaum ein. Diese begründeten ihre Kritik an der Weimarer Republik meist damit, dass die Republik nur eine „formale“ Demokratie sei, in der wirtschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse nach wie vor die demokratischen Prozesse überlagerten.

» Bei aller Vorsicht in Bezug auf die durchaus problematischen Vorstellungen von der Ausgestaltung einer „Diktatur des Proletariats“ vor allem im Umfeld der KPD wäre eine Auseinandersetzung mit diesem bis heute wichtigen Gesichtspunkt demokratietheoretischer Debatten doch notwendig gewesen. Insgesamt bietet das Buch trotzdem einen sehr fundierten Überblick über die intellektuellen und organisatorischen Eckpunkte der Debatten der radikalen Linken in der Weimarer Republik.

□ „Nationaler Sozialismus und Soziale Demokratie“

Interessant ist auch, was sich am rechten Rand der Sozialdemokratie tat. Unter dem durchaus provozierenden Titel „Nationaler Sozialismus und Soziale Demokratie“ zeichnet Stefan Vogt die Entwicklung der sozialdemokratischen „Jungen Rechten“ in der Weimarer Republik nach. Ihre organisatorischen Anfänge machte diese Gruppe vor allem als „Hofgeismarer Kreis“ bei den Jungsozialisten, ehe sie dort 1926 aus den meisten Gremien verdrängt wurde und sich auflöste. Innerhalb der SPD nahm sie vor allem über ihre Zeitschrift „Neue Blätter für den Sozialismus“ Einfluss auf die innerparteilichen Debatten.

Der Autor skizziert umfassend sowohl die grundsätzlichen politisch-theoretischen Ansichten der Protagonisten der „Jungen Rechten“ wie auch deren tagespolitische Ausformulierung. Eines der zentralen Elemente war demnach ein nahezu organischer Begriff von Staat und vor allem der Nation. Die Nation wurde hier als der Ort der Verwirklichung des Sozialismus gesehen. Marxistisch-materialistische Positionen, insbesondere zur Nation als gesellschaftlichem Konstrukt wurden abgelehnt.

» Auch die „Junge Rechte“ war mit dem Zustand der Weimarer Republik nicht zufrieden. Ihr Ziel war jedoch nicht, den Nationalstaat zu überwinden, sondern im Gegenteil einen starken und auf der Idee einer Nation basierenden Staat aufzubauen. Damit ergaben sich politisch-theoretische Schnittmengen und auch tatsächliche Diskussionen bis hinein in Teile des konservativen und des nationalsozialistischen politischen Spektrums. Ausführlich stellt der Autor allerdings auch dar, wie viele Angehörige der „Jungen Rechten“ im Widerstand gegen das NS-Regime aktiv wurden.

□ Die Fusion von „SPW“ und „Der Klassenkampf“

Die von Paul Levi 1923 gegründete Zeitschrift „Sozialistische Politik und Wirtschaft“ (SPW) nahm innerhalb der sozialdemokratischen Linken eine führende Stellung ein (siehe dazu Scholle, Thilo, spw 164 sowie ausführlich Ludewig, Hans-Ulrich, IWK 1/1981). Im Jahr 1928 fusionierte die „SPW“ mit der ein Jahr zuvor gegründeten Zeitschrift „Der Klassenkampf“, und erschien fortan unter diesem Namen noch bis 1932. „Sozialistische Politik und Wirtschaft“ wurde weiterhin als Untertitel der Zeitschrift geführt.

„Der Klassenkampf“ wurde seit 1927 von den SPD-Linken Max Adler, Kurt Rosenfeld, Max Seydewitz und Heinrich Ströbel herausgegeben. Anders als in der „SPW“ wurden hier auch längere Artikel veröffentlicht. Nach der Fusion mit der „SPW“ trat Paul Levi ebenfalls als Herausgeber auf. Anders als zuvor in der „SPW“ schrieb er selbst jedoch nur noch wenige Beiträge für die Zeitschrift.

» Die Fusion wurde dabei im Umfeld der „SPW“ durchaus kritisch gesehen. Besonders Levis enge Mitarbeiterin Mathilde Jacob wandte sich gegen ein Zusammengehen, da sie die „SPW“ damit ihrer Funktion als Diskussions- und Schulungsorgan für linke SozialdemokratInnen beraubt sah. Sie hielt den Machern von „Der Klassenkampf“ vor, in erster Linie Levi als dem führenden Parteilinken den Rang ablaufen zu wollen, und weniger am Aufbau eines wirkungsvollen Theorieorgans interessiert zu sein (vgl. Ludewig, Hans-Ulrich, a.a.o.).

Nach dem Ausschluss der Gruppe um Seydewitz und Rosenfeld aus der SPD im Jahr 1932 wurde „Der Klassenkampf“ Organ der neugegründeten „Sozialistischen Arbeiterpartei“ (SAP). Die Jahrgänge 1927-1932 sind mittlerweile als Reprint erhältlich (Topos Verlag, Liechtenstein 1982).

□ „Der Klassenkampf“

Das im „Klassenkampf“ abgehandelte Themenspektrum war sehr breit. Als feste Rubriken gab es vermischte Meldungen unter der Rubrik „Die Tribüne“, „Glossen“ sowie die „Wirtschaftsumschau“ am Ende jedes Hefts. Im allgemeinen Teil fanden sich Artikel u.a. zu Kultur und Kino sowie politische Beiträge für die sexuelle Emanzipation von Frauen und die gesellschaftliche Gleichstellung von Homosexualität. Max Adler selbst veröffentlichte u.a. längere staatsrechtliche Abhandlungen.

Den größten Raum nahmen allerdings Beiträge zu den aktuellen koalitionspolitischen und strategischen Debatten in der Sozialdemokratie ein. Ähnlich der „SPW“ vertrat der „Klassenkampf“ einen Kurs, der Koalitionen mit den bürgerlichen Parteien sehr kritisch gegenüber stand, und vor allem auf eine aktive Agitation der Arbeiterschaft setzte.

sondern um die Durchsetzung bestimmter proletarischer Forderungen. (...) Ob innerhalb oder außerhalb der Regierung ist nicht so wichtig wie die Frage, dass wir durch diesen Wahlkampf eine erhebliche Machtsteigerung erreichen und diese gesteigerte Macht für die rücksichtslose Vertretung der proletarischen Interessen in die Wagschale werfen (...)“ (01.01.1928, S. 3).

Zugleich wurde jedoch – bei allen Vorbehalten vor allem in Bezug auf die ausgebliebene soziale Umwälzung – der Fortschritt, den die Weimarer Verfassung für den Kampf der Arbeiterbewegung bot, grundsätzlich anerkannt. „(...) Die Machthaber in der deutschen Republik werden, wenn ihnen in der Republik die politische Demokratie zu unbequem wird, gegen die Demokratie den Faschismus mobilisieren. Der einzig wirksame Schutz gegen den Faschismus ist die soziale Befreiung der Massen. Die formale Demokratie, die Republik, deren 10. Geburtstag am 11. August gefeiert wird, ist nicht das Ziel des klassenbewussten Proletariats, sondern nur eine Etappe auf dem Weg zu Sozialismus, eine bessere Grundlage zur Führung des proletarischen Befreiungskampfes. (...)“ (May Seydewitz, 01.08.1929, S. 453f.).

Mit der Niederlage der Arbeiterbewegung im Kampf gegen den Faschismus 1933 und durch die Verheerungen der Nazi-Diktatur ging die alte Arbeiterbewegung mitsamt ihrer Debatten unter. Es lohnt sich durchaus, nicht nur aus historischem Interesse nachzulesen, sondern auch zu schauen, wo sich Impulse für aktuelle theoretische Debatten gewinnen lassen. ■



Deutlich wird dies beispielsweise in dem Artikel, mit dem Max Seydewitz in das Jahr der Reichstagswahl 1928 einführt: „(...) Der von der oppositionellen Sozialdemokratie geführte Reichstagswahlkampf darf nicht geführt werden nur um die Anerkennung der Regierungsfähigkeit,

↳ Thilo Scholle, Lünen, ist Mitglied der spw-Redaktion.

Literatur

- Bavaj, Riccardo, Von links gegen Weimar. Linkes antiparlamentarisches Denken in der Weimarer Republik. Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, Bonn 2005, 535 Seiten, 38,00 Euro
- Vogt, Stefan, Nationaler Sozialismus und Soziale Demokratie. Die sozialdemokratische Junge Rechte 1918 - 1945. Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, Bonn 2006, 502 Seiten, 48,00 Euro

Zwei Schwestern in Europa. Die deutsche und niederländische Sozialdemokratie im 19. und 20. Jahrhundert

von Marc Drögemöller



Foto: www.fotolia.de; © Franz Metelec

» Doppelgängerinnen sind sie nie gewesen. Aber ihre politischen Parallelen blieben stets unübersehbar: Die deutsche und niederländische Sozialdemokratie, SPD und Partij van de Arbeid (PvdA), pflegen bis heute ein enges nachbarschaftliches Verhältnis zueinander. Durch die Nähe ihrer beiden Länder bot sich den Schwesterparteien eine gemeinsame Kulisse, die sie dank der gleichen ideologischen Herkunft und der langen Tradition der gegenseitigen Kontakte zu beleben wussten.

Die Verbindungen reichen bis in die Gründungsphase der niederländischen Sozialdemokratie am Ende des 19. Jahrhunderts zurück. Dem SPD-Bollwerk stand eine ausbaufähige und von jungen Intellektuellen getragene Findungsgruppe gegenüber. Diese fixierte sich mit ihrem missionarischen Eifer zunächst auf das wachsende industrielle

Proletariat der niederländischen Großstädte. Die etablierte Schwesterpartei in Deutschland war als inhaltliche und organisatorische Ideengeberin gefragt, während das niederländische Pendant nur als ihr verlängerter Arm galt. Die „deutsche Filiale“ in den Niederlanden, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP), übernahm bei ihrer Gründung 1894 das kurz zuvor verabschiedete Erfurter Programm der SPD, übersetzte es in die Landessprache und nutzte es als Blaupause für die eigene Politik. Großzügig zeigte sich in dieser frühen Phase der Zusammenarbeit die deutsche Partei, die der neuen Organisation nicht nur programmatische, sondern auch finanzielle Schützenhilfe gab. Eine der ersten Spenden erhielt die Amsterdammer Parteizentrale aus Berlin, wo der SPD-Parteivorstand den niederländischen Geistesverwandten 1500 Mark als Startkapital zur Verfügung stellte.





Die Bewunderung für die SPD verwich erst in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts, als die niederländische Partei programmatisch neue Wege ging und ideologischen Ballast über Bord warf. Die Niederländer leiteten ihr „Godesberg“ bereits vor dem Zweiten Weltkrieg ein, während die SPD ihre Leitlinien erst 1959 modernisierte. Da lag es nahe, dass sich die NiederländerInnen bei ihrer eigenen Neuaufstellung 1945/46 zunächst nicht auf die durch den Krieg geschundene britische Labour Party als Musterbeispiel heranzogen. Sie war zugleich Namensgeberin für die neue gegründete Partei der Arbeit, der sich andere Bewegungen angeschlossen hatten.

Nun war es umgekehrt: Im Verhältnis zur SPD gab die PvdA ihre parteipolitische und programmatische Erneuerung als Vorbild aus. Ihre Wahlerfolge unter der beliebten Vaterfigur Willem Drees, dem ersten sozialdemokratischen Ministerpräsidenten in den Niederlanden überhaupt, der das Land zwischen 1948 und 1958 stabile zehn Jahre lang regierte, untermauerte ihren Anspruch. Trotz Krieg und Besatzungszeit fanden die beiden Schwesterparteien nach dem Krieg erstaunlich schnell wieder zueinander. Die niederländischen SozialdemokratInnen unterstützten die SPD bei ihrer Rehabilitation innerhalb der Sozialistischen Internationalen und beim demokratischen Wiederaufbau Deutschlands.

□ Konflikte statt Konsens in außenpolitischen Fragen

Uneins waren beide Parteien allerdings in außenpolitischen Fragen. Hier zeigte sich, dass SPD und PvdA nicht wie häufig gewohnt auf einer Wellenlänge lagen. Eine Schlüsselszene in den ersten Nachkriegsjahren machte dies deutlich. Nicht selten schickte die PvdA Alfred Mozer in das frühere Feindesland: Den in München geborenen Deutschen, der in der niederländischen Sozialdemokratie als internationaler Parteisekretär Karriere machte, nachdem er 1933 vor dem Nationalsozialismus in die Niederlande geflüchtet war. In

seiner Funktion traf er 1946 auch mit Kurt Schumacher zusammen, um europäische Grundsatzfragen zu erörtern. Von dem Gespräch in Hannover blieb dem Besucher ein herausragendes Zitat des SPD-Vorsitzenden im Gedächtnis haften: „Umsolänger er über Europa spricht“, bemerkte Schumacher zum anwesenden Herbert Wehner, „desto schlechter wird sein deutscher Sprachgebrauch.“ Die ironische Bemerkung des Gastgebers fügte sich in das Bild, welches sich Mozer von Schumacher und seinen Vorstellungen zu machen begann: „Schumacher wollte nichts von Europa wissen.“ Er sei völlig von der Furcht erfüllt gewesen, Deutschland könne nach allen Seiten hin geteilt werden. Dies charakterisierte auch die Einstellung zu seinem, Mozers Standpunkt, der die europäische Integration unter deutscher Beteiligung nicht nur für wünschenswert, sondern für notwendig hielt. Sicherheit vor, aber mit Deutschland in einem westeuropäischen Kontext war eine Maxime, die sich unter den niederländischen SozialdemokratInnen etablierte. Die Begebenheit im Hannoveraner Provisorium wirkte daher prägend auf die Meinungsbildung Mozers und war als Vorlauf symptomatisch für das, was die Beziehungen der beiden Parteien in den fünfziger Jahren kennzeichnete. Statt Sprachbarrieren gab es ständige Kommunikationsprobleme und scharfe Auseinandersetzungen in der Sache, die bis zu einem Redeverbot Mozers auf SPD-Veranstaltungen führten.



Das schlechte Klima hellte sich erst auf, als die SPD personell und politisch neue Wege beschritt. Persönlichkeiten wie Willy Brandt, Herbert Wehner und Helmut Schmidt gaben der Partei am Ende der fünfziger Jahre eine neue Kursrichtung. Sie machten ihre Partei nicht nur für die deutsche Wählerschaft attraktiv, sondern steigerten den Einfluss im internationalen Gefüge und formten sie wieder zu einer bekannten Marke unter Europas SozialdemokratInnen. Die bleiernen und kompromisslosen Jahre der Ära Kurt Schumachers gerieten in Vergessenheit. Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg stand die niederländische Sozialdemokratie der SPD in außenpolitischen Fragen wieder näher als der CDU,

nachdem sie in den fünfziger Jahren aus dem niederländischen Sicherheitsbedürfnis heraus zu der Anhängerschaft von Adenauers Außenpolitik gehört hatte. Aus der pragmatisch und solidarisch orientierten Interessengemeinschaft der vierziger und den konfliktreichen Beziehungen der fünfziger Jahre war eine strategisch-partnerschaftlich geprägte Kooperationsachse geworden. „Die Niederlande haben keine Angst mehr vor einer sozialdemokratischen Bundesregierung“, meldete der deutsche Botschafter Josef Löns bereits Anfang der sechziger Jahre folgerichtig aus Den Haag nach Bonn.

Zum einen waren es die beiden Sicherheitspolitiker Fritz Erler und Helmut Schmidt, die in den Niederlanden verloren gegangenes Vertrauen in die SPD-Politik zurückbrachten. Mit ihrem am atlantischen Bündnis orientierten Kurs erwarben sie sich nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern auch bei den europäischen NATO-Partnern Respekt und Anerkennung. Zum anderen erkannte man in der PvdA an, dass die SPD mit Willy Brandt und Egon Bahr erste Schritte einer Ostpolitik einleitete, die zu einem realistischen Umgang mit der deutschen Frage führten.

□ Die PvdA entdeckt die DDR

Erst am Ende der sechziger Jahre wartete wieder eine größere Herausforderung auf das Parteienverhältnis. Ein aufstrebender Parteienachwuchs drängte in der PvdA stärker in den Vordergrund und verpasste der Partei ein zusätzliches Gesicht, ohne die ParteifunktionärInnen in diesem Wandlungsprozess zu verdrängen. Für die Beziehungen zur SPD hatte dies erhebliche Folgen, weil nun eine jüngere und überaus kritische Generation die Kontakte mit der deutschen Schwesterpartei organisierte. Die Auflösung gesellschaftlicher Verkrustungen in den Niederlanden benutzte die Neue Linke, Nieuw Links, als Gelegenheit, um in der Mutterpartei eigene Vorstellungen durchzusetzen. Die Gruppe, die sich in einer Wechselwirkung aus Inszenierung und tatsächlichem Veränderungswillen als frische Alternative präsentierte, forderte

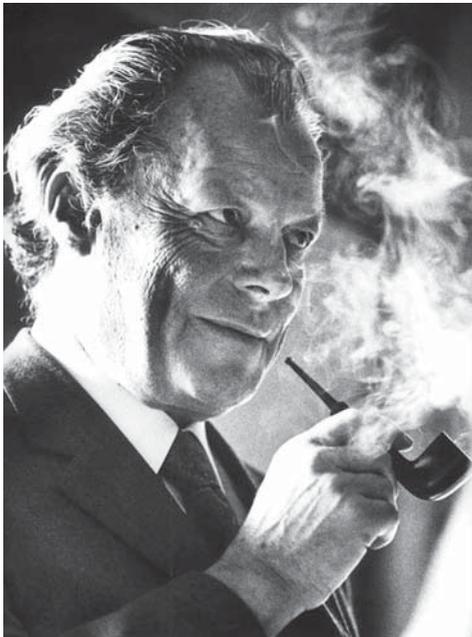
mehr Deutlichkeit in der Politik und brach mit alten niederländischen Parteistrukturen. Mit einer Polarisierungsstrategie grenzte man sich vom politischen Hauptgegner, der katholischen Partei, ab und entfachte politische Brandherde, die der eigenen Profilierungssucht nutzen und dem Aufstieg als feste Parteigröße dienen sollten.

» Eines dieser Themen war das Plädoyer für eine vorzeitige völkerrechtliche Anerkennung der DDR. Schon das Ansinnen sorgte in einer antikommunistischen Partei wie der PvdA für das provozierte Unverständnis und wurde von etablierten PolitikerInnen wie dem späteren Außenminister Max van der Stoep wegen des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen zurückgewiesen. Als sich die Gruppe mit ihren Vorstellungen jedoch auf einem PvdA-Parteitag 1969 durchsetzte, störte sich niemand daran, dass Parteien keine Staaten anerkennen können und sich Willy Brandt bei seinen ersten Schritten einer neuen Ostpolitik empfindlich gestört sah. Für die SPD, die geschockt und entrüstet zugleich auf diesen Vorgang reagierte, zeigte die Entwicklung, dass die Beziehungen zur PvdA nach einem erfolgreichen Abschnitt wieder in schwierigere Fahrwasser gerieten. Die Neue Linke legte nicht viel Wert auf gegenseitige Solidarität und ließ dies die deutschen Parteifreunde nicht zuletzt in der Anerkennungsfrage spüren. In den Niederlanden, wo man sich in dieser Phase stärker mit der eigenen Vergangenheit als einem von Deutschen besetzten Land beschäftigte, wurde die Bundesrepublik betont kritisch gesehen. Dies galt insbesondere für die Neue Linke in der PvdA, die ihre Haltung und ihren allzu positiven Gesamteindruck von der DDR als sozialistischem Idealbild auf die SPD übertrugen. Während man in Bonn mit den VertreterInnen der etablierten Sozialdemokratie wie dem langjährigen Parteiführer Joop den Uyl weiter gut kooperierte, hatte man für das andere Lager nur noch Antipathie übrig. Eine Entwicklung, die sich unter der Kanzlerschaft Schmidts verstärken sollte.

□ Willy Brandt – der „gute“ Deutsche

Große Einmütigkeit bestand dagegen und dies galt für die gesamte PvdA mit der Person und der Politik des Bundeskanzlers Willy Brandt. Er genoss wegen seiner Reformpolitik nicht nur den Status eines guten Sozialdemokraten, sondern wegen seiner lupenreinen Vergangenheit auch den eines guten Deutschen. Seine Bemühungen in Osteuropa wurden als Politik der Aussöhnung und des Ausgleichs unterstützt. Als sein Weggefährte Den Uyl 1973 als zweiter Sozialdemokrat niederländischer Premier wurde, war es nicht ungewöhnlich, dass er von seinem „Freund Willy“ Ideen für die eigene Reformpolitik übernahm. Beiden Regierungschefs war es übrigens gleich, dass sie die Reformfähigkeit von Staat und Gesellschaft in ihren Amtszeiten überschätzten – bei allem politischen Veränderungseifer.

Foto: Fotoarchiv Jupp Darchingner im Adsd der FES



Dass es in den Folgejahren erneut zu Streit und Uneinigkeit kam, als Themen wie der Radikalerlass, der Umgang mit dem RAF-Terrorismus und die Nachrüstung auf die politische Agenda kamen, war kein Sonderfall. Denn die besonderen Beziehungen zwischen PvdA und SPD kennzeichnete vor allem eines – sie waren durch und durch streitlustig. Dies soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass persönliche Kanäle dem Parteienverhältnis eine besondere Atmosphäre verliehen haben. Den Phasen mit Streit und Scharmützeln standen durchgehende freundschaftliche Kontakte wie zwischen Alfred Mozer und Herbert Wehner oder zwischen dem zweimaligen Außenminister Max van der Stoep und Helmut Schmidt gegenüber. Sie hielten das Verhältnis ihrer Organisationen über die politischen Grenzen hinweg lebendig. Gegenseitig verstand man diese deutsch-niederländische Verbindung als Ort der gemeinsamen Verständigung über die Ziele der europäischen und atlantischen Politik. Neben der sozialdemokratischen Herkunft ist dies die gemeinsame Perspektive, die die Beziehungen bis heute ausmacht. Die PvdA erkannte nach 1945 früher als die SPD, dass es vor dem Hintergrund des internationalen Klimas und der europäischen wie deutschen Teilung darauf ankam, Partnerschaften zu entwickeln und gemeinsame Verantwortung zu übernehmen. Die deutsche Schwesterpartei identifizierte man als wichtigen Schlüssel für eine notwendig gewordene Gemeinschaftsarbeit auf europäischer Ebene. Dieser Ansatz hat an Aktualität nichts verloren. Beim Bau eines sozialen Europas sind SPD und PvdA auch in Zukunft umso mehr gefragt. ■

☞ Dr. Marc Drögemöller, geb. 1975, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei einem Bundestagsabgeordneten und lebt in Berlin. Sein Buch über die deutsche und niederländische Sozialdemokratie, eine leicht gekürzte Fassung der Dissertation aus dem Jahr 2005, ist im Verlag Vorwärtsbuch erschienen.

Die im Text verwendeten Zitate sind dem Buch entnommen.

Personen & Positionen

□ In eigener Sache

Liebe LeserInnen, der spw-Verlag möchte darüber informieren, dass er für 2009 eine Veränderung bei der spw vornehmen muss: Im Jahr 2009 erscheint die spw mit sieben statt mit acht Ausgaben pro Jahr.

In den vergangenen Monaten waren wir vor die Wahl gestellt entweder die Abogebühren deutlich zu erhöhen oder die Kosten zu senken. Wir haben uns für den zweiten Weg entschieden. Dieser beinhaltet auch die Verringerung des Erscheinens der spw um eine Ausgabe.

Wir bedanken uns herzlich für das Verständnis und das Lesen der spw!

Mit solidarischen Grüßen

Die Geschäftsführung der spw-Verlags GmbH

□ Privatisierung: Verluste für alle – Gewinne für wenige? Diskussion von ProMS Nord am 22. November 2008

Wie funktioniert Privatisierung? Beginnt sie wirklich erst mit dem Verkauf an Investoren? Welche gesellschaftlichen, sozialen und ökonomischen Folgen hat sie? Welche Möglichkeiten der Rückgewinnung gibt es? Diesen Fragen möchte das Projekt Moderner Sozialismus Nord e.V. gemeinsam mit den ReferentInnen nachgehen und Strategien für einen handlungsfähigen Staat und handlungsfähige Kommunen diskutieren.

Mitdiskutieren werden u.a. Dr. Werner Rügemer, Publizist; Katharina Ries-Heidtko, Gesamtbetriebsratsvorsitzende Asklepios-KlinikenLtg und Olaf Schulze, SPD MdL.

► **Veranstaltungsbeginn und -ort:** 11 Uhr, Geschwister Prenski Schule, Travemünder Allee 5a, 23568 Lübeck.

► **Anmeldung:** Möglichst bis 14. November 2008 unter: Privatisierung-proms@gmx.de.

Der Kostenbeitrag beträgt sechs Euro (Verdienende) bzw. drei Euro (Nicht-Verdienende) und schließt einen Imbiss und Getränke ein.

□ Nach dem Ende des Casino-Kapitalismus – Neue Ordnung für die Finanzmärkte: Gemeinsamer Beschluss der Vorstände des Forum DL21 und der Parlamentarischer Linken

Es geht nicht um das Versagen Einzelner, vielmehr stehe „das System Wall Street“ zur Disposition, so die Vorstände von DL21 und der PL. Man stehe am Beginn einer multipolaren Finanzwelt, die Zeit des „anglo-amerikanischen, neoliberal geprägten Modells“ gehe zu Ende. Die Vorstände treten für eine neue, nachhaltige Finanzarchitektur ein, in der Europa eine Schlüsselrolle besitzt. Das Papier umfasst vielfältige Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte sowie die Forderung nach einem „Stabilitäts- und Konjunkturpaket“ mit Investitionen in Bildung, Forschung, Infrastruktur und Klimaschutz.

► **Download:** www.forum-dl21.de, www.parlamentarische-linke.de

□ Oliver Kaczmarek als SPD-Bundestagskandidat nominiert

Oliver Kaczmarek, Vorsitzender der SPD im Kreis Unna und spw-Redaktionsmitglied, wurde auf der Wahlkreis-Konferenz am 22. Oktober 2008 in Kamen als Direktkandidat der SPD für den Wahlkreis 145/Unna I nominiert. Er hatte sich gegen den Amtsinhaber Rolf Stöckel durchgesetzt. spw gratuliert Oliver herzlich zu seinem Erfolg und wünscht ihm alles Gute für den bevorstehenden Wahlkampf!



5 Fragen an ... Mechthild Jansen



Foto: Barbara Klemm



» Mechthild Jansen, in Köln aufgewachsen, studierte Psychologie, Pädagogik, Politik und Sozialwissenschaften in Tübingen, Bonn und Bremen. 1975 bis 78 war sie Vorsitzende des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB). Aus der SPD, unter Egon Bahr, wurde sie damals ausgeschlossen, weil sie sich auf einer u.a. vom Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit organisierten Kundgebung gegen den von Helmut Schmidt initiierten Nato-Doppelbeschluss engagierte. Danach war Mechthild Jansen auf Bundesebene als Initiatorin, Sprecherin verschiedener Frauen- und Friedens-Initiativen oder Mitglied von Koordinationskreisen aktiv. Nach Tätigkeiten in Forschung und Publizistik ist sie seit Ende der achtziger Jahre ausschließlich freiberuflich als Sozialwissenschaftlerin, Publizistin, Autorin tätig. Vor allem in den goer Jahren prägen ihre Bücher „Differenz und Gleichheit“, „Halbe-Halbe. Der Streit um die Quotierung“, und „FrauenWiderspruch“ maßgeblich die feministischen Diskussionen im Juso-Bundesverband. Es schlossen sich „Das Claudia Nolte Phänomen“ und „Das Diana-Phänomen und der dritte Weg“ an. Mechthild Jansen lebt seit 2002 in Berlin.

spw: Was waren die wichtigsten Meilensteine in Deinem politischen Leben?

» **Mechthild Jansen:** Die gibt es so eigentlich nicht bei mir, wohl aber immer ein brennendes Interesse an der Zeitgeschichte – aus einer bestimmten Perspektive und einem daraus resultierenden Engagement. Der Putsch in Chile mobilisierte mich in der Studentenzeit. Ich wurde

mit 22 mehr oder weniger von heute auf morgen Bundesvorsitzende des Sozialistischen Hochschulbundes. Ich wurde wegen meiner Rede auf einer Kundgebung anlässlich dreier bundesweiter Friedensdemonstrationen aus der SPD ausgeschlossen. Man stieß sich an meiner dortigen Kritik an Helmut Schmidts Aufrüstungspolitik, an meiner Verteidigung der Zusammenarbeit mit Kommunisten im Rahmen dessen wie an meiner „Rädelsführerschaft“ überhaupt. Die SPD wollte mich auch später nie wieder aufnehmen. Ich engagierte mich in der Friedensbewegung, nicht minder in der Frauenbewegung. Ich begrüßte den Zusammenbruch des Sozialismus und hoffte damals noch, er würde die Linke endlich auf den Boden holen. Ich erlebte die Neue Mitte als global westliche Politikvariante, die mehr oder weniger alle Parteien, inkl. ihrer Flügel, einte, als Selbstaufgabe und Selbstabschaffung von Politik überhaupt und das ausgerechnet von links aus. So wurde seltsamerweise die rot-grüne Ära für mich die unsegligste Zeit in meiner bisherigen Biographie.

spw: Welche Diskussionen haben Dich am meisten geprägt?

» **Mechthild Jansen:** Mich haben überhaupt stets vor allem inhaltliche Fragestellungen beschäftigt und geprägt. Biographisch in die famosen Mühlen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gekommen, hat mich das Schicksal einer „Linken“ und ihrer Möglichkeiten überhaupt vorrangig interessiert. Dem lag wieder mein Hauptinteresse an den Fragen von Gesell-

schaft und Mensch und Politik zugrunde und diese ziehen sich durch meine ganze bisherige vor allem ja publizistische Arbeit. Geblieben sind dabei im Einzelnen noch besonders die soziale(n) Frage(n); die Fragen einer Politik der Zivilität, die Militär überflüssig macht oder es zumindest eingrenzen kann; des Feminismus und der Freiheit der Frauen bzw. des Menschen; der Arbeit; die Entwicklung von Parteien, Organisationen und Bewegungen.

spw: Wie würdest Du heute den Zustand der Frauenbewegung und der feministischen Diskussionen in Deutschland beschreiben?

” **Mechthild Jansen:** Sie spielen jenseits lobbyistischer praktischer Politiken gegenwärtig keine relevante Rolle. Die Frauen, die sich überhaupt (noch) in der Mitte der Gesellschaft bewegen und hoch wollen, spüren die Hindernisse, schwimmen mit neuem Feminismus aber auch auf einer Welle, mit der sich Ansprüche erheben lassen. Vordergründig hat sich die Frauenbewegung ja durchgesetzt (und natürlich sind die Geschlechterfragen überall eingesickert), ansonsten haben sich ihre Anliegen zersplittert. Inhaltlich neue Impulse sehe ich derzeit kaum, die Diskurse und Stichworte sind schon von beträchtlichem Alter. Die Normen der Gesellschaft sind jedoch weithin die alten, vielfach multipliziert und verschärft. Die meisten politischen Frauengruppen machen Politik in traditionellen Machtpaketen mit ihren Männern. Sie haben wenig Eigenständigkeit und eigenständige Kraft mehr.



↳ Mechthild Jansen, historisches Foto.

Foto: Klaus Lehmann

spw: Die CDU stellt die erste Kanzlerin und hat mit dem Elterngeld eine langjährige Forderung der SPD und auch von Teilen der Frauenbewegung umgesetzt. Ist die SPD zu ängstlich oder was?

” **Mechthild Jansen:** Die SPD hat – mit Ausnahme der Forderung nach gleichem Lohn und Arbeit, also parallel zum traditionellen „Arbeiter“-Mann, sowie dem Mutter-Eltern-„Schutz“ – überhaupt kein originäres Verhältnis zur Frauenfrage oder schon gar nicht zum Feminismus. Und Mut hat sie noch weniger. Ansonsten hat wieder einmal eine CDU-Frau beherzt die Zeichen der Zeit ergriffen. Nach Rita Süßmuth ist die moderne zeitgemäße Frau in Ursula von der Leyen verkörpert. Seltsamerweise das Progressivste der Szenerie weit und breit. Das sagt etwas über unseren gesellschaftlichen Gesamtzustand.

spw: Wo siehst Du denn heute positive gesellschaftliche Entwicklungen?

” **Mechthild Jansen:** Falls Barack Obama einlöst, was er verspricht, könnte das sehr wichtig werden. Er symbolisiert die „Anderen“, die längst, obwohl am Rande, eine Mehrheit ausmachen. Er setzt jenseits der abgestandenen Rechts-Links-Gräben an. Er verfolgt einen anderen inhaltlich orientierten Politikansatz und -stil. Er setzt sich auch vom Establishment seiner eigenen Partei ab und vertritt immerhin einen universalistischen Anspruch. Mir kommt es darauf an, dass Politik überhaupt eine Rolle spielt und sich das Wohlsein des und der Menschen zum Gegenstand macht, dass die Inhalts- und Geistlosigkeit der Politik endet. Die Frage nach den wirklichen Alternativen in der Welt von heute ist dramatisch vernachlässigt. Sie ist mir das Allerwichtigste. Kooperation und allgemeiner Humanismus sind für mich die Grundlagen.

spw: Mechthild, vielen Dank für das Gespräch. ■

↳ Das Interview führte Alexandra Kramm.